Posener Tageblatt

Bezugspreis: Ab 1. 7. 1932 **Postbezug** (Polen und Danzig) 4.39 zł. Posen Stadt in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 4 zł. durch Boten 4.40 zł. **Provinz** in den Ausgabestellen 4 zł, durch Boten 4.30 zł. Unter **Streifband** in Polen u. Danzig 6 zł. **Deutschland** und übrig. Ausland 2.50 Rm. **Einzelnummer** 0.20 zł. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275 Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. Postscheck-Konto in Polen Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 15 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpfg. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6 Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207 915, in Deutschland: Berlin Nr. 156 102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.

72. Jahrgang | Freitag, 13. Oktober 1933 | Nr. 235

Titulescu in Warschau

(Von unserem ständigen Warschauer Mitarbeiter.)

A. Dem erst am Sonntag mittag aus Genf nach Warschau zurückgekehrten polnischen Außenminister Obersten Beck ist sein rumänischer Zivilkollege Titulescu zu einem offiziellen Dreißigstundenbesuch in der polnischen Hauptstadt auf den Fersen gefolgt. Natürlich ist Titulescu nicht nach Polen gekommen, weil er etwa Beck plötzlich etwas sehr Wichtiges und Dringendes zu sagen hätte: dazu ist in den letzten beiden Wochen in Genf Gelegenheit genug gewesen. Sicherlich aber ist der rumänische Staatsmann ebensowenig nur deswegen gekommen, um dem Warschauer russischen Gesandten die rumänische Ratifikation des Londoner Abkommens über die neue Definition des „Angreiferstaates" zu notifizieren — das hätte der rumänische Gesandte in Polen ebenso gut können. Die Polenreise Titulescus ist vielmehr in erster Linie eine Demonstration gewesen, deren Höhepunkt für diesen geschickten Politiker bezeichnenderweise die Verlautbarung darstellt, die er bei seiner Abreise der Presse hinterlassen hat.

Diese Verlautbarung ist eine Demonstration nach zwei Seiten. Sie betont die polnisch-rumänische Uebereinstimmung in den wichtigsten Problemen der allgemeinen politischen Lage, die „in ihrer Auswirkung auf die Interessen beider Staaten" einer „gründlichen Prüfung unterzogen" worden sei. Sie erklärt, das polnisch-rumänische Bündnis werde in Zukunft noch weittragendere Bedeutung als schon bisher haben. Aber von der auf diese Weise etablierten Basis Bukarest—Warschau wird zugleich die Hand der Versöhnung in der Richtung nach Moskau ausgestreckt: Titulescu erklärt, „aufrichtig herzliche Beziehungen" zur Sowjetunion zu wünschen und stellt gleichzeitig fest, daß er mit diesem Wunsche bei dem Warschauer Vertreter der Sowjetunion auf ebensoviel Gegenliebe gestoßen ist. Die Dnjestr-Grenze scheint also pazifiziert werden zu sollen.

Es ist durchaus nicht belanglos, sich darüber in Vermutungen zu ergehen, wer auf den Gedanken dieser Demonstration verfallen ist. Es wäre nicht unmöglich, daß der Gedanke von Beck stammt, der erst vor kurzem in Paris eine andere Bündnisfreundschaft Polens manifestiert hat. Aber es ist höchstgradig unwahrscheinlich, daß ein Mann von der diplomatischen Klasse Titulescus die Initiative völlig einem anderen überläßt. Die Verlautbarung Titulescus zeigt in ihrer seltenen Klarheit und Deutlichkeit durchaus unverkennbar, von wem bei dieser Demonstration die Initiative ausgeht. Rumänien nimmt offensichtlich eine Schwenkung vor. Es drängt sich unter der Führung Titulescus in den Vordergrund. Die Allianz mit Polen soll nicht mehr nur zum Schutze vor der Sowjetunion dienen, sondern in Sicherheit vor der Sowjetunion ein zweites Rückgrat Rumäniens — neben der Allianz mit Frankreich — für seine gesamte Außenpolitik und damit auch diejenige nach Westen hin darstellen. Titulescu ist nicht nur ein rumänischer Außenminister: er ist der Außenminister seines Landes und war es sogar in den Jahren, in denen er nicht diesen Titel trug und sich mit dem Botschafterposten in London begnügte. Titulescu ist in den letzten Monaten noch mehr geworden: Benesch beiseite drängend, hat er sich zum führenden Außenminister der drei Staaten der Kleinen Entente aufgeworfen. Vor einem Jahre ist er noch hindernd dazwischengetreten, als durch die polnische Vermittlung der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Rumänien unterzeichnet werden sollte. Jetzt unternimmt er den ungewöhnlichen Schritt, den Warschauer Gesandten der Sowjetunion, mit der sein Land keine Beziehungen unterhält, zu einem Diner auf die rumänische Gesandtschaft einzuladen und seine herzliche Bereitwilligkeit zu guten Beziehungen zu betonen. Und es scheint, als ob Titulescu da nicht nur für sein Land gesprochen hat. Beachtenswert scheint in dieser Beziehung, daß sein ursprünglicher direkter Reiseplan nach Sofia im letzten Augenblick geändert und ein Abstecher nach Belgrad eingeschoben worden ist, wo der südslawische Außenminister drei Stunden reserviert bekommt, um von seinem rumänischen Kollegen hören zu können, was die Russen in Warschau gesagt haben.

Und dann geht Titulescu weiter nach Sofia, Istanbul und Ankara. Er spielt nicht nur auf den Klavieren der polnischen und der französischen Allianz, er tritt nicht nur als erster der Außenminister der Kleinen Entente direkt an die Sowjetunion heran, der sein Land noch vor kurzem am fernsten stand: er schaltet sich auch in die Balkan-Verhandlungen ein. Was ihm dieses Spiel gleichzeitig nach allen Seiten möglich macht, ist nicht das Prestige seines Landes, das als Basis für eine so weitgespannte Politik zu klein und schwach erscheint: es ist sein persönliches Prestige, von dem aber sein Land profitiert.

Arabien ja, Deutschland nein

Zuspitzung der Abrüstungsbesprechungen * Die Frage der Luftwaffen steht im Mittelpunkt * Hauptverhandlung am Montag in Frage gestellt

Genf, 12. Oktober. Botschafter Nadolny hatte gestern nachmittag eine Unterredung mit dem Generalberichterstatter der Abrüstungskonferenz Dr. Benesch, die mit seiner vorangegangenen Unterredung mit dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz im Zusammenhang stand.

Weiter fand eine fast zweistündige Unterredung mit dem amerikanischen Hauptdelegierten statt, der in beteiligten Kreisen große Bedeutung beigemessen wird.

London, 12. Oktober. Der Korrespondent der „Morningpost" in Rom meldet, daß Mussolinis Unterredungen mit dem britischen und dem französischen Botschafter bezweckten, diese von seinen Bemühungen in Kenntnis zu setzen,

die deutschen Vorschläge zum Ausgangspunkt einer Erörterung

zu machen. Im Interesse der Fortsetzung der Verhandlungen mit Deutschland würde Italien gern einen Aufschub der Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz sehen.

Wie der französische Korrespondent des „Daily Telegraph" aus Genf meldet, beharre Sir John Simon darauf, daß

Deutschland vorläufig nur eine Vermehrung derjenigen Waffen gestattet werden soll, die ihm im Versailler Vertrag zugestanden sind.

Die vierjährige Probezeit soll um ungefähr zwei Jahre vermindert werden. Die völlige Gleichheit aller Nationen solle in der ersten zwei- bis dreijährigen Periode hergestellt werden. Paul-Boncour sei bereit, den wesentlichen Inhalt dieses Planes anzunehmen, wolle aber von einer Verkürzung der ersten Periode nichts wissen und beharre auf der Auflösung aller „militärischen Vereinigungen" in Deutschland.

Norman Davis hielt diese von Großbritannien anempfohlene Methode für unangebracht, weil die deutsche Regierung darin eine Art Diktat nach Art des Versailler Vertrages erblicken würde.

Genf, 12. Oktober. Der Stand der Abrüstungsbesprechungen, wie er sich am Mittwoch abend darstellt, läßt noch keinen Schritt darüber erblicken, ob am nächsten Montag die Verhandlungen im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz werden beginnen können. Bei den Besprechungen, die gestern zwischen den Vertretern der Mächte stattgefunden haben, handelt es sich hauptsächlich um die Verständigung über die am englischen Konventionsentwurf vorzunehmenden Aenderungen. Obwohl zwischen Frankreich, England und Amerika eine Einigung nicht vorliegt, ist doch zu erwarten, daß der Versuch gemacht werden wird, Deutschland in den Hauptpunkten vor die Frage der Annahme oder der Ablehnung zu stellen. Den wichtigsten Diskussionsgegenstand bilden die Konsequenzen, die aus der vorgeschlagenen Umwandlung der Reichswehr hinsichtlich der Bewaffnung zu ziehen sind. Die anderen Mächte haben sich noch nicht klar gemacht, daß die Umwandlung der Reichswehr vom ersten Tage an technische Vorkehrungen nach einem einheitlichen und lange berechneten Plan notwendig macht. Man hat sich in diesen Delegationen mit dieser Frage entweder überhaupt noch nicht ernstlich beschäftigt, oder man glaubt, daß eine entsprechende quantitative Vermehrung des im Versailler Vertrag zugestandenen Materials, aber keine qualitativen Aenderungen in Frage kommen können.

Ausführlicher erörtert wurde bisher nur die Frage der Luftwaffe,

die im Versailler Vertrag Deutschland bekanntlich 100 Prozent verboten ist, während hinsichtlich der anderen Waffengattungen der Gedanke an das, was Deutschland bei einer Neuorganisierung der Reichswehr bekommen muß, nicht zu Ende gedacht wird. Jedenfalls scheint man unter keinen Umständen geneigt zu sein, Deutschland eine Luftwaffe zuzugestehen, und es besteht der Eindruck, daß die anderen Mächte Deutschland in möglichst kurzer Zeit vor die Frage stellen möchten, wie es sich zu diesem Standpunkt verhält. Gerade in der Luftwaffe liegen die Verhältnisse aber so, daß

eine Einigung der anderen Mächte über die Abschaffung nicht zu erwarten

ist u... es deshalb für Deutschland eine unannehmbare Benachteiligung bedeuten würde, wenn etwa das Versailler Verbot in die neue Abrüstungskonvention übernommen werden sollte, nachdem sogar dem gerade aus der englischen Mandatsabhängigkeit entlassenen arabischen Staate bei seinem Eintritt in den Völkerbund im vorigen Jahr Flugzeuge als eine selbstverständliches Verteidigungswaffe zugebilligt worden sind.

Deutschlands Rechtsanspruch

Berlin, 12. Oktober. Die Besprechungen, die am gestrigen Tage zwischen den einzelnen Delegationen, besonders zwischen Engländern, Franzosen und Amerikanern, stattfanden, haben die im Interesse des Abrüstungswerkes erwartete Erleichterung der Situation nicht gebracht. Demnach wird den Verhandlungen im Hauptausschuß am kommenden Montag voraussichtlich nur eine formale Bedeutung zukommen. Von dem bisherigen Gang der Verhandlungen bleibt der Eindruck bestehen, als sei das Bewußtsein der Verantwortung für den ursprünglichen Macdonald-Plan gerade in dem Lande nicht mehr vorherrschend, dessen Minister aufs engste mit dem Plan verbunden ist, wenn man auch auf englischer Seite versucht, die Abänderungen, die man auf französischen Druck hin am Konventionsentwurf offenbar vorzunehmen bereit ist, mit einer moralischen Begründung zu erklären. Die innenpolitische Situation, so lautet die Lesart, sei heute in Deutschland eine völlig andere als zur Zeit des Fünfmächteabkommens. Eine solche Beweisführung geht an der für die internationale Politik grundlegenden Tatsache vorbei, daß die außenpolitischen Ansprüche eines Landes nicht der Reflex innenpolitischer Entwicklungen, welcher Art auch immer sie sein mögen, sind, sondern der Ausdruck der historisch gewordenen staatlichen Lebensnotwendigkeiten. Diese aber sind für das Deutschland der nationalen Revolution die gleichen wie für jene des 11. Dezember 1932. Es ist auch deshalb völlig verkehrt, zur Begründung einer auf der anderen Seite vorhandenen einzelnen Abrüstungsbereitschaft auf die innere Entwicklung Deutschlands zurückzugreifen, weil der Macdonald-Plan dem im Dezember 1932 zugestandenen Gleichberechtigungsanspruch konkrete Gestalt verleihen sollte, da er erst im März 1933, also über zwei Monate nach Amtsantritt der Regierung Hitler, unterbreitet wurde. Dieser Konventionsentwurf enthält, woran man bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge erinnern muß, einen Artikel 96, der vorgibt, daß durch die Konvention der Teil V des Versailler Vertrages ersetzt wird. Es entspräche nicht dem Prinzip der Gleichberechtigung, wenn man die Diskriminierung Deutschlands, wie sie im Versailler Vertrag enthalten ist und nach dem Konventionsentwurf beseitigt werden soll, nun dadurch wieder aufleben ließe, daß man die Diskriminierung nun in die Konvention selbst hineinnimmt. Diese grundsätzliche Erwägung gilt nicht zuletzt für die Frage der Luftwaffe, die Deutschland von den anderen Mächten auch weiterhin völlig vorenthalten werden soll, obwohl eine Abschaffung der Luftwaffe in den anderen Staaten nicht zu erwarten ist.

Woran der Zensor in Kattowitz keinen Anstoß nahm,

dagegen glaubte der Posener Zensor einschreiten zu müssen

Wir veröffentlichten gestern einen Bericht über Vorkommnisse vom letzten Sonntag in Ostoberschlesien.

Der Bericht ist, wie übrigens ausdrücklich vermerkt, der vom dortigen Zensor unbeanstandet gebliebenen Montagnummer der „Kattowitzer Zeitung" entnommen. Der gleiche Artikel wurde auch von anderen deutschen Zeitungen in Polen abgedruckt, ohne als ein Grund zur Beschlagnahme der Zeitung erkannt zu werden.

Bei uns in Posen schritt der Zensor ein.

Er beanstandete den betreffenden Artikel in seiner ganzen Vollständigkeit und veranlaßte die Beschlagnahme der Zeitung. Nur der Schlußsatz blieb stehen. Er steht heute am Kopfe weiterer Meldungen aus Oberschlesien.

Zur Entschädigung unserer Leser, die die gestrige Zeitung nicht erhielten, bringen wir heute eine bedeutend verstärkte Nummer heraus, in der die wichtigsten Meldungen und Artikel der gestrigen Nummer nochmals abgedruckt sind.

Die Redaktion einer unlegalen Zeitung in München aufgehoben

München, 11. Oktober. Eine Reihe führender Kommunisten, unter ihnen der Redakteur Walter Haebich, ist in den letzten Tagen festgenommen worden. Dieser wird beschuldigt, an der Herausgabe des unlegalen Blattes „Die Neue Zeitung" beteiligt gewesen zu sein.

Kulturpolitisches

Bildung einer polnischen Dichter-Akademie

Warschau, 12. Oktober. Das Kultusministerium beschloß, den diesjährigen Staatspreis für Literatur in Höhe von 10 000 Zloty aufrechtzuerhalten. Uebrigens hat der Ministerrat einen Verordnungsentwurf angenommen über Bildung einer polnischen Dichterakademie. Zweck dieser Institution soll eine

Verstaatlichung des literarischen Schaffens

sein. Ihre Aufgaben werden folgende sein: 1. sie wird das polnische Kunstschrifttum repräsentieren; 2. die Initiative geben für Bemühungen um eine Hebung des Niveaus der polnischen Literatur und um die Fürsorge für die Literaten; 3. mit der Regierung in allen ihren Vorhaben zum Wohle der polnischen Kunst und Kultur mitarbeiten; 4. auf Wunsch der Staatsbehörden in Fragen der polnischen Sprache, Literatur und Kultur Gutachten fällen; 5. Literaturpreise und Stipendien an Literaten vergeben; 6. die Herausgabe jeder Art von Schriften aufnehmen, die der Entwicklung der polnischen Literatenkunst gewidmet sind; 7. literarische Werke auszeichnen. Sitz der Akademie wird Warschau sein. Die Akademie wird sich aus 15 lebensländlichen Mitgliedern zusammensetzen.

Polnisch-französische Zolltarifverhandlungen gescheitert

Paris, 12. Oktober. **Die zwischen der französischen und der polnischen Regierung seit einigen Tagen in Paris über den neuen polnischen Zolltarif, durch den sich Frankreich in seinen Interessen beeinträchtigt glaubt, geführten Verhandlungen sind gestern ergebnislos abgebrochen worden, so daß der neue polnische Zolltarif heute früh in Kraft tritt. Unter diesen Umständen hat die französische Regierung beschlossen, für gewisse polnische Artikel nicht mehr den französischen Minimaltarif anzuwenden.** (Siehe auch den Artikel im Handelsteil: Nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs.)

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen

Die Kontingentkommissionen bei der Arbeit

Warschau, 11. Oktober. Gestern nachmittag haben im Industrie- und Handelsministerium die eigentlichen deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen begonnen. Die erste Sitzung der polnischen und deutschen Sachverständigen wurde vom Handelsminister General Zarzycki eröffnet, der in seiner Eröffnungsansprache die Hoffnung äußerte, daß die Besprechungen zu einem positiven Ergebnis führen werden. Den Vorsitz der Beratungen übernahm der stellvertretende Departementsdirektor Wańkowicz. Der polnischen Delegation gehören ferner Vertreter des Außenministeriums, des Industrie- und Handelsministeriums sowie des Landwirtschaftsministeriums an. Der deutsche Gesandte von Moltke antwortete dem Minister Zarzycki als Vorsitzender der deutschen Delegation, indem er gleichfalls dem Glauben an eine fruchtbringende Arbeit der Wirtschaftssachverständigen Ausdruck gab. Der deutschen Delegation gehört außer Herrn von Moltke und den aus Berlin eingetroffenen Sachverständigen auch Handelsrat Krümmer von der deutschen Gesandtschaft in Warschau an. Nach der Eröffnungssitzung fand ein allgemeiner Meinungsaustausch statt. Die eingesetzten Kontingentskommissionen nahmen sogleich ihre technischen Arbeiten auf.

(Wiederholt aus der gestrigen beschlagnahmten Ausgabe.)

Neuer Zivilflughafen in Warschau

Warschau, 12. Oktober. Der Zivilverkehrs-Flughafen von Mokotow wird mit dem 1. November nach Okęcie verlegt.

Die Uniformierung der Grenzbeamten

Eine neue Verordnung des Finanzministers regelt die Uniformierung der Grenzbeamten. Ihre Uniformen sollen jetzt denen des Heeres angeglichen werden.

Auflösung einer antisemitischen Gesellschaft

Warschau, 11. Oktober. Auf Anordnung des Warschauer Burgstarosten ist die weitere Tätigkeit der antisemitischen „Rozwój"-Gesellschaft in Warschau und sämtlicher Zweigstellen in Polen untersagt worden. Als Begründung wird angegeben, daß die Tätigkeit dieser Gesellschaft die öffentliche Ruhe und Ordnung bedroht habe.

Neuer Wojewode von Tarnopol

Warschau, 12. Oktober. Der Wojewode von Tarnopol, Kazimierz Moszyński, ist zurückgetreten. Sein Nachfolger wurde Oberst Maruszewski.

Sobieski-Feier in Danzig

Danzig, 12. Oktober. Am vergangenen Montag fand in Danzig eine Sobieski-Feier der dortigen polnischen Kolonie statt. Der Danziger Senat war durch Senator Kluck offiziell vertreten.

*

Danzig, 11. Oktober. (Pat.) **Das Offizierkorps der Militärabteilung des polnischen Generalkommissariats in Danzig hat beschlossen, die von ihm in Höhe von 5600 Zloty gezeichneten Obligationen der Nationalanleihe dem Vorsitzenden des Nationalkomitees für den Kriegsflottenbau, Divisionsgeneral Sosnkowski, zur Verfügung zu stellen.**

„Der Reichstag brennt!"

Hatte Lubbe Helfer? / Die unmittelbaren Zeugen / Die höchste Alarmstufe ist angeordnet worden

Berlin, 11. Oktober. Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlungen gegen Lubbe und Genossen wurde die Zeugenverhörung fortgesetzt. Der Zeuge Flöter berichtet von den von ihm beobachteten Einzelheiten beim Ausbruch des Reichstagsbrandes. Lubbe wird über seine eventuellen Mittäter befragt, behauptet aber, daß keine zweite Person dabeigewesen ist.

Ob andere den Brand vorbereitet haben, könne er jedoch nicht sagen.

Am Mittwoch ist die Kontrolle am Reichstagsgebäude noch verschärft worden. Die Umgebung des Reichstagsgebäudes ist durch eine Kette versperrt, die nur mit Ausweis passiert werden kann um an die Portale zu gelangen. Auch die heutigen Zeugenvernehmungen bewegen sich noch um die Entdeckung des Brandes. Neben dem gestern schon vernommenen Hauptzeugen sind einige weitere Polizeibeamte, die zuerst erschienen, geladen.

Als die Angeklagten in den Saal geführt werden, fällt das Aussehen des Angekl. van der Lubbe auf der im Gegensatz von sonst, sauber frisiert ist. Nach einem Zwischenfall wird der Angeklagte

Dimitroff wegen Ungehorsams gegen die Anordnungen des Vorsitzenden bis auf weiteres aus dem Sitzungssaal entfernt.

Dimitroff protestiert dagegen und überreicht seinem Verteidiger Dr. Pfeiffer ein Schriftstück mit dem Bemerken: „Diese Frage möchte ich stellen, tun Sie es bitte." Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer ruft dem Angeklagten zu: „Hätten Sie mir das früher gesagt!" Der Angeklagte wird dann abgeführt.

Es folgen Aussagen des Polizeioffiziers der Brandenburger-Torwache.

Polizeileutnant Lateit berichtet vom Eingreifen der Brandenburger-Tor-Wache beim Ausbruch des Brandes:

Als wir an die große Wandelhalle kamen, sah ich hinter dem Denkmal einen Schein, und auch das Denkmal war etwas erleuchtet. Ich lief hin, und

links von mir am Eingang zum Plenarsaal sah ich nun einen Feuerschein links und einen rechts.

Der Fußboden des Plenarsaales sei noch dunkel gewesen, aber der Saal sei beleuchtet worden durch eine Art flammender Orgel, die sich über den Präsidententisch erhob. In der Mitte brannte eine hohe Flamme, rechts und links daneben züngelten kleinere einzelstehende Flammen empor. Alle diese Flammen vereinigten sich auf dem Präsidententisch zu einem zusammenhängenden Brandherd. Als ich das sah, war ich sofort im Bilde:

Brandstiftung, Pistolen raus!

Im Reichstag, fährt der Zeuge in seiner Schilderung fort, erzählte man mir, daß man soeben an der Brandstelle van der Lubbe festgenommen habe. Er sei nur mit einer Hose bekleidet gewesen und sitze jetzt in der Brandenburger-Tor-Wache.

Ich begab mich dorthin und fragte van der Lubbe, ob er den Reichstag angesteckt habe. Darauf sagte er: Ja! Dann fragte ich, ob es stimme, daß er auch das Schloß und den Dom in Brand stecken wollte. Darauf sagte er auch Ja!

Vors.: Von dem Plan, den Dom in Brand zu stecken, haben wir hier nichts gehört.

Zeuge Lateit: Auf der Wache war mir dies erzählt worden. Ich fragte den Angeklagten dann, warum er den Reichstag in Brand gesteckt habe. Darauf schwieg er und lachte. Ich hatte den Eindruck, daß ich es mit einem Irrsinnigen zu tun hatte.

Oberreichsanwalt: Der Zeuge hat bei seinem Rundgang überall Stoffreste herumliegen sehen. Waren das Stoffreste in größerem Umfange? Was für Stoffreste waren es, war es Brandmaterial?

Zeuge: Papier war es nicht; es können verkohlte Reste von Tischtüchern gewesen sein; es mögen etwa 20 bis 30 Stücke in der Größe eines halben Handschuhs gewesen sein.

Oberreichsanwalt: Ist dem Zeugen bekannt, daß behauptet worden ist, im Reichstage sei zentnerweise Brennmaterial gefunden worden?

Zeuge: Wir haben alles genau durchsucht, auch die kleinsten Räume und sogar Schränke öffnen lassen. Wir haben nirgends etwas gefunden.

Nach einer Pause soll van der Lubbe sich zu der Aussage des Zeugen Lateit äußern.

Vors.: War die Aussage so richtig?

Van der Lubbe (sehr leise): Das kann ich nicht sagen.

Alle weiteren eindringlichen Bemühungen des Vorsitzenden und des Verteidigers, eine Antwort von van der Lubbe darüber zu erhalten, ob er etwas nicht sagen könne oder wolle, schlagen fehl. Er verharrt schweigend. Der Oberreichsanwalt gibt der Vermutung Ausdruck, daß die Art der von van der Lubbe geäußerten Weigerungen zum Ausdruck bringen solle,

daß er irgendein Geheimnis, vielleicht über seine Mittäter, nicht preisgeben wolle.

Der Vorsitzende teilt dann die Einzelheiten der für Donnerstag abend angesetzten Inaugenscheinnahme außerhalb des Reichstags mit.

Es entsteht dann eine längere Erörterung über die Frage der Alarmierung der Feuerwehr. Nach den Aussagen des Sachverständigen, Branddirektors Dr. Wagner, der auch als Zeuge vereidigt wird, ist um 21.14 Uhr die erste telephonische Meldung vom Brand im Reichstag eingelaufen, und

30 Sekunden später rückte daraufhin der Zug Linienstraße aus.

21.15 Uhr kam eine zweite Feuermeldung, die das Ausrücken der Moabiter Wache zur Folge hatte. Um 21.30 Uhr ist zehnte Alarmstufe und um 21.32 Uhr fünfzehnte Alarmstufe gegeben worden. Die Anfahrzeit für den Zug Linienstraße hat wohl 4 bis 5 Minuten betragen, und es verging dann auch nur kurze Zeit, bis die Beamten sich informiert hatten und in das Gebäude hineinstürmten.

Oberreichsanwalt Werner: Von wem sind die zehnte und die fünfzehnte Alarmstufe angeordnet worden?

Sachverständiger: Von Beamten der Feuerwehr. Der fünfzehnte Alarm ist übrigens sogar doppelt gegeben worden, und zwar fast gleichzeitig, darunter einmal durch Oberbranddirektor Gempp.

Rechtsanwalt Dr. Sack: Oberbranddirektor Gempp kommt ja als Zeuge. Er lebt ja noch! (Heiterkeit.) Ich muß darauf hinweisen, weil ich in London die Aussage Grzesinskis gehört habe: Wenn der höchste Alarm nicht angeordnet worden ist, muß er verboten gewesen sein.

Als nächster Zeuge wird der auch als Sachverständiger geladene Chemiker Professor Dr. Lepsius vernommen. Die Befragung van der Lubbe durch Dr. Lepsius spielte sich so ab, daß

die einzelnen Brandherde der Reihe nach von der Einstiegstelle ab besichtigt

wurden. Auf die Frage des Zeugen, wie van der Lubbe das alles gemacht habe, erwiderte ihm der Angeklagte damals sehr ausführlich und bereitwillig. In einigen Fällen schienen die Angaben van der Lubbes mit den technischen Möglichkeiten nicht ganz übereinzustimmen. Der Zeuge fährt fort: Ich habe van der Lubbe dann nochmals kommen lassen und ihn nochmals befragt. Er blieb im wesentlichen bei dem, was er mir zuerst gesagt hat. Ich war erstaunt, daß er

selbst für Einzelheiten ein sehr genaues Gedächtnis

hatte. Er wußte, ob er von links oder rechts her die Feuerbrände unter die Sessel oder Sofas geworfen hatte.

Ich habe ihn dann gefragt, was das für einen Sinn haben sollte, das Gebäude anzuzünden, und er erwiderte mir auf holländisch-deutsch:

„Die ganze Gesellschaft (Maatschappij) muß kaputt gahn!"

Er war sichtlich befriedigt; als er nachher in den Hauptsaal kam, hatte ich den Eindruck, daß er mit einer gewissen Befriedigung schmunzelnd um sich sah.

Der holländische Dolmetscher legt dem in diesem Zusammenhang gefallenen Ausdruck „Maatschappij" den allgemeinen Begriff der Gesellschaftsordnung bei.

Oberreichsanwalt Werner: Was hat er über seine politischen Absichten gesagt?

Sachverständiger: Eine

kommunistische Absicht lag dieser Brandstiftung des van der Lubbe sicher zugrunde.

Er leugnete das auch nicht. Er wollte die Gesellschaftsordnung über den Haufen werfen und alles zerstören. Das war immer wieder der Grundgedanke seiner Aussage.

Am Donnerstag findet eine Lokalbesichtigung der Umgebung des Reichstagsgebäudes statt. Die eigentliche Prozeßverhandlung wird auf Freitag vormittag vertagt.

(Der erste Teil der Meldung ist aus der gestrigen beschlagnahmten Nummer übernommen.)

Oberschlesien:

Der deutsche Volksbund wird von dem in der Genfer Konvention gegebenen Möglichkeiten Gebrauch machen, um den Schutz des Lebens und des Eigentums der deutschen Bevölkerung zu erreichen.

Das ist der einzige Satz, den der Zensor in unserem gestrigen Oberschlesien-Artikel, der die Beschlagnahme unserer Zeitung zur Folge hatte, unbeanstandet ließ.

Im Zusammenhang mit den darin gemeldeten Vorfällen in Oberschlesien ist die „Kattowitzer Zeitung", die eine Reportage von den Folgen jener Vorfälle brachte, beschlagnahmt worden. Die deutschen Abgeordneten Franz und Rosumek werden sich nach Warschau begeben, um dort beim Innenminister vorstellig zu werden. Sie werden ihre Reise antreten, sobald das Beschwerdematerial in lückenloser Weise zusammengetragen ist. Man hofft, daß die Unterredung mit dem Innenminister noch im Laufe dieser Woche stattfinden wird.

Der Deutsche Volksbund hat am 10. Oktober 1933 dem Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, eine schriftliche Eingabe über die Vorfälle in Oberschlesien überreicht und sein Eingreifen erbeten.

Die Beweisaufnahme im galizischen Bauernprozeß

Zuerst sollen Schüsse aus der Menge gefallen sein

Rzeszów, 12. Oktober. Im Prozeß wegen der Vorfälle in Grodzisk wurden gestern die letzten 15 Angeklagten vernommen, worauf der Vorsitzende die Beweisaufnahme eröffnete. Die ersten Zeugen leugneten, daß sich die Menge aggressiv verhalten habe. Der Zeuge Zwoliński machte seine Aussagen erst dann, nachdem der Vorsitzende angeordnet hatte, daß sämtliche Angeklagte den Gerichtssaal verließen. In den späten Abendstunden sagte der frühere Polizeikommandant von Grodzisk aus. Der Zeuge stellte fest, daß er sich an den Angeklagten Kula mit dem Verlangen gewandt habe, dafür zu sorgen, daß die Menge sich zurückzog. Kula setzte dies durch. Erst später hat sich die Menge wieder zusammengerottet und die Freilassung der Verhafteten verlangt. Der Kommissar Nowakowski habe dies verweigert und sei dann gegen die Menge vorgegangen. In diesem Augenblick sollen nach Aussage des Zeugen aus der Menge Schüsse gefallen sein, worauf der Kommissar eine Salve abfeuern ließ.

*

In der Verhandlung wegen der Zwischenfälle in Wulka erklärte u. a. der als Zeuge vernommene Waldhüter, daß seit acht Jahren keine Holzdiebstähle vorgekommen seien. Bezüglich der Angeklagten habe der Zeuge in dieser Hinsicht keinen Verdacht. In den Mittagsstunden gab es einen scharfen

Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger Dr. Liwo,

da der Vorsitzende angeordnet hatte, daß der Verteidiger seine Fragen an den Zeugen unter seiner Vermittlung stellen sollte. Der Verteidiger verließ den Gerichtssaal und blieb der Nachmittagsverhandlung fern.

Sparzunahme bei der P. K. O.

Die Spareinlagen sowie die Zahl der Sparer bei der PKO. zeigen im September eine weitere Zunahme. Die Spareinlagen stiegen von 448,7 Millionen auf 449,8 Millionen Zloty. Die PKO. hat im vergangenen Monat 25 446 neue Sparbücher ausgegeben.

Des Staatspräsidenten zweite Ehe

Warschau, 11. Oktober. Gestern um 11 Uhr vormittags fand in der Schloßkapelle die Trauung des polnischen Staatspräsidenten Mościcki mit Frl. Marja Dobrzańska statt. Die Trauung vollzog Kardinal Kakowski im Beisein des Ministerpräsidenten, der beiden Chefs der Zivilkanzlei und des Militärkabinetts des Staatspräsidenten, seines Leibadjutanten und der nächsten Angehörigen. Den Trauakt unterzeichneten als Zeugen der Chef der Zivilkanzlei und der Chef des Militärkabinetts. Der Papst hat zu Händen des Kardinals Kakowski dem Hochzeitspaar seinen Segen übermittelt. Das Paar ist gestern mittag im Kraftwagen nach Spała abgereist.

(Weitere politische Meldungen Seite 5 und 6)

Posener Tageblatt

Aus Stadt und Land

Nr. 235 Freitag, den 13. Oktober 1933

Frauentagung der deutschen Katholiken in Polen

Königshütte, 10. Oktober. Gestern fand in Königshütte eine Tagung des Deutschen Katholischen Frauenbundes statt, die einen würdigen und schönen Verlauf nahm. Für die Teilnehmer fand früh in der St. Josefskirche eine hl. Messe statt, bei der Pater Kempf-Posen eine erhebende Predigt hielt. Der Cäcilienverein von St. Barbara leitete die Tagung mit einigen Chören ein, worauf Frau Baumeister Schulz die Tagung eröffnete. Sie begrüßte die Erschienenen und besonders Bischof Adamski mit dem katholischen Gruß und brachte dann ein dreifaches „Hoch" auf den Papst und den Staatspräsidenten Mościcki aus, worauf von allen Anwesenden die Papsthymne gesungen wurde. Bischof Adamski wies dann in halbstündiger Rede auf die Aufgaben der katholischen Frau in der Gegenwart hin. Er forderte von der katholischen Frau die Rückkehr zum innerlichen Leben. Im Laufe der Zeit würden viele Zweckorganisationen, die für den Glauben kämpfen, überholt und müssen von anderen abgelöst werden. Bischof Adamski wünscht dem Katholischen Deutschen Frauenbund, daß er an dem Siegeszuge nach beendetem Kampfe für den Glauben in vollem Glanze teilnehmen könne.

Nach Dankesworten von Frau Schulz ergriff darauf Fürstin Starhemberg-Ischl das Wort. In der Gegenwart tobe der Entscheidungskampf um Christi Reich, und jetzt müsse die Erneuerung der Erde im christlichen Geiste erkämpft werden. Die Frau stehe dabei an entscheidender Stelle, und sie könne sich Kraft holen aus dem Hinblick auf die Vorbilder, den Märtyrerinnen und Heiligen. Heute stehe die Frau im öffentlichen Leben, sie hat dem Volk alle Liebe mitgebracht. Aber die Frauen sind die Mütter der Völker, und so hat die Frau die hohe Aufgabe, in der Familie für die Erneuerung der Menschheit zu wirken und die Menschen zu schulen für den Kampf für Christus.

Nach einer Mittagspause wurde die Tagung fortgesetzt. Zunächst sprach Pater Kempf-Posen über „Christus und die Frau und Mutter". Er forderte die Ausbildung schon der Mädchen zu ihrem hohen Beruf als Mutter, wandte sich dann scharf gegen die Mode, die diktiere, nur ein und zwei Kindern das Leben zu schenken und zeichnete das Idealbild der christlichen Mutter, die ihr ganzes Leben für ihre Kinder opfert. Gemeinsam sangen die Teilnehmerinnen das Lied „O Haupt voll Blut und Wunden". Von lebhaftem Beifall begrüßt, betrat dann Kanonikus Steinwender-Salzburg das Rednerpult. Ausgehend vom Heiligen Jahr, wies er auf die Rettung des christlichen Abendlandes vor 250 Jahren durch das deutsche Volk hin, das damals das christliche Abendland führe. Damals wie heute hat das deutsche Volk seinen Beruf in der Welt zu erfüllen. Das kann es aber nur durch die Hilfe der deutschen Frau, denn der Grund für alle Arbeit liegt in der Familie, und in der Familie ist der Hauptfaktor die Mutter. Die deutsche Frau ist die Trägerin der Liebe, die überströmt auf den nächsten und ihm in der Not hilft. Das Herz der katholischen deutschen Frau soll zur Opferschale werden, die hinaufgereicht wird Christus, dem Herrn der neuen Zeit.

Frau Schulz dankt darauf den Rednern und läßt durch Pater Kempf die deutschen katholischen Frauen Posens grüßen. Sie dankt darauf allen, die zur Ausgestaltung der Tagung beigetragen haben. Mit dem Ambrosianischen Lobgesang wurde die Tagung beschlossen.



Keine Nachricht mehr vom deutschen Robinson

Die Galapagos-Inseln durch Erdbeben zerstört?

Dr. Ritter, der deutsche Robinson, der mit seiner Gefährtin Dorothea vor einigen Jahren nach der Charles-Insel, zur Inselgruppe der Galapagos gehörig, auswanderte, hat seit Januar d. J. keinerlei Nachricht mehr an seine deutschen Verwandten gelangen lassen. Auch seine Gefährtin gab kein Lebenszeichen von sich. Es ist dies um so seltsamer, als sowohl Ritter als auch Dorothea regelmäßig alle drei bis vier Monate ausführliche Briefe schrieben, und da er nicht einmal geantwortet hat, als ihm seine deutschen Verwandten den im Januar erfolgten Tod seiner 82jährigen Mutter mitteilten.

Den Verwandten Dr. Ritters ist es völlig rätselhaft, daß sie plötzlich ohne jede Nachricht von Dr. Ritter bleiben.

Sie befürchten, daß ihm etwas zugestoßen sein könnte.

Allmonatlich einmal läuft ein vom Festland von Ekuador (aus Guayaquil) kommender Dampfer unter Führung eines norwegischen Kapitäns alle bedeutenderen Inseln der Galapagos-Gruppe, darunter auch die Charles-Insel, an, nimmt und bringt die Post und versorgt die auf den Inseln Ansässigen mit den von ihnen benötigten Materialien. Auf der Charles-Insel, auf der sich das Paar angesiedelt hat, leben sonst keine Weißen, aber eine etwa 60 bis 80 Köpfe starke Kolonie Eingeborener.

Angenommen selbst aber, daß es auf einen Zufall zurückzuführen sein könnte, daß man in Deutschland keine Nachricht von Dr. Ritter erhalten hat, so kommt doch noch ein Moment hinzu, das allerdings erst für die letzte Zeit Geltung hat. Es wird nämlich gemeldet, daß am Sonntag vor acht Tagen die Küste von Guayaquil

von einem Erdbeben heimgesucht

wurde, dessen Zentrum in der Nähe der Galapagos-Inseln vermutet wird. Auf dem Festland sind mehrere kleine Orte vernichtet worden, wobei viele Hunderte von Eingeborenen ums Leben kamen. Schon längere Zeit vorher aber gab es keine Verbindung zwischen den Galapagos-Inseln, die etwa zwölf Schiffsstunden vom Festland entfernt liegen, und Guayaquil, so daß in Ekuador angenommen wird, daß das Erdbeben

starke Verwüstungen auf den Galapagos-Inseln

angerichtet haben muß. Es ist nicht unmöglich, daß die eine oder die andere der Galapagos-Inseln im Meer versunken ist.

Sturmwetter über Dänemark

Kopenhagen, 12. Oktober. Während des verheerenden Sturmes, der gestern über ganz Dänemark raste, ereignete sich eine Reihe von Unglücksfällen. Die deutsche Barke „Anita Peters" hat festgemacht an der Landungsbrücke bei Nykoebing. Während des Sturmes befanden sich 13 Menschen, darunter 2 Knaben, auf der Brücke. Die Barke wurde durch die Gewalt des Sturmes von den Tauen losgerissen und die **Landungsbrücke brach mitten durch.** Einem Mann gelang es, sich an Land zu retten, die anderen 12 auf der losgerissenen Brücke wurden in die ausgedehnte See hinausgetrieben. Draußen brach die Brücke nochmals in zwei Stücke. Auf jeder Hälfte befanden sich 6 Mann. Einige Stunden nach dem Unglück trieben die Brückenstücke nah am Land bei Handünen. Es gelang, 5 Mann zu retten, während ein 13jähriger Junge ertrank. Das andere Stück trieb einige Stunden später an Land. Mehrere Personen konnten gerettet werden.

In Thisted wurde ein 17jähriges Mädchen unter einem herabstürzenden Bach begraben und erschlagen.

Wetterkatastrophe in Mittelamerika

Tegucigalpa, 11. Oktober. Tropischer Regen verursachte in der Nähe des Dorfes Apolopi einen Bergrutsch, wobei **19 Personen verschüttet** wurden. In anderen Teilen von Apolopi kam es zu großen Ueberschwemmungen. Mehrere Personen sind ertrunken.

Katastrophale Trockenheit in Südafrika

London, 12. Oktober. Wie „Daily Telegraph" aus Johannesburg meldet, ist Südafrika von einer außergewöhnlichen Trockenheit heimgesucht. **Mehr als 6 Millionen Schafe sollen bereits eingegangen sein.** Wenn es bis zum Dezember keine Regenfälle geben wird, muß mit den schlimmsten Folgen gerechnet werden. Schon jetzt ist ein erheblicher Rückgang der Wollernte zu verzeichnen. Einige Bezirke sind schon seit drei Jahren ohne Regen. Der Oranje und der Waal sind an verschiedenen Stellen bereits ausgetrocknet, und der Limpopo, der die Grenze zwischen dem Betschuana-Land und der südafrikanischen Union bildet, ist nur noch ein sandiger Graben.

Gesuchte Verbrecher

Krakau, 12. Oktober. Von der Krakauer Polizei wird der arbeitslose Photograph Jan Malisz und die 26jährige Marja Kotlowa als mutmaßliche Täter des Raubmordes, bei dem drei Personen getötet und 18 000 Złoty geraubt worden waren, steckbrieflich verfolgt Es wurde festgestellt, daß die Schriftzüge auf der geheimnisvollen Postanweisung, die am Vortage des Mordes aufgegeben wurde, der Handschrift des Malisz entsprechen.

Fabrik niedergebrannt

Karlsruhe, 12. Oktober. In der Kunstwollfabrik Vogel und Schirmann entstand abends vermutlich durch Kurzschluß Feuer, das das Hauptgebäude, die Maschinenanlage und die Lager vernichtete. Der gesamte **Schaden dürfte 2 Millionen Mark betragen.** Sechs Personen wurden durch einstürzende Mauern verletzt.

Chinesischer Dampfer gesunken

Peiping, 12. Oktober. Nach einer Meldung aus Tschifu sank in der Nacht zum 7. Oktober der chinesische Dampfer „Tischan" in der Nähe von Tschifu, wobei 28 **Personen ertranken.** Nur elf Personen konnten gerettet werden.

Bier und Wein — wieder ein Geschäft in U. S. A.

Wie der deutsche Sektfabrikant Kupferberg vor einigen Tagen gelegentlich eines Abends der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in Frankfurt a. M. ausführte, sind die Hoffnungen der deutschen Exporteure für Wein, Sekt und Bier nach Aufhebung der Prohibition in Amerika nicht so rosig, wie man vielleicht zunächst erwartet hatte. Die zurzeit in USA. zugelassenen Spirituosen dürfen zunächst nur 3,2 Prozent Alkohol enthalten, was beim Wein für europäische Begriffe nicht viel mehr als eine Art Traubenmost bedeuten würde. Außerdem sind die Amerikaner bestrebt, den Anbau kalifornischer Weine energisch zu fördern und sich vom Import aus Europa zu emanzipieren. Hohe Zölle sorgen im übrigen dafür, daß auch das sehr viel bessere deutsche Bier in Amerika kaum volkstümlich werden dürfte.

Langemarck

Von einem, der dabei war

(16. Fortsetzung)

Jetzt steht Leutnant Perrer auch langsam auf und zerrt seinen großen Revolver aus der Ledertasche. Dann geht er mit ausgebreiteten Armen, um die Richtung anzugeben, in den Nebel hinein. Thirr bleibt noch eine Sekunde stehen, um zu sehen, daß der Zug folgt.

Sie wandern in die weiße Wand hinein.

Und nun ist es soweit. Mit jedem von ihnen, unbarmherzig, mit jedem. Gregorius, der zarte, empfindliche Knabe, hat das Gewehr so saugend umklammert, daß seine Hände schneeweiß werden. Mit trotzigen, langausholenden Schritten läßt er seine Stiefel durch die Rübenblätter rauschen. Das Bajonett hält er steif und ungeschickt vor sich hin, sein schmales, reines Gesicht ist brennend rot, aber seine Augen sind vollkommen klar und ruhig. Er sieht nicht nach links und nicht nach rechts, den Helm tief in der Stirn und den Kopf vorgebeugt, so marschiert er, mit einer seltsamen, schwelenden Entschlossenheit. Bei jedem dritten Schritt stolpert er über die dicken Rüben, und der Helm rutscht ihm dabei ins Gesicht.

Mit drei Metern Zwischenraum geht neben Gregorius der Student Pfannenstiel. Seine langen Beine setzt er gelassen und phlegmatisch in den weichen Boden, das Gewehr trägt er mit beiden Händen quer über den Oberschenkeln, manchmal macht er eine Art Freiübung mit ihm und brüllt irgendwas, was niemand versteht; seine Mensurnarben sind rot wie frische Wunden.

Dann kommt Kohlhammer, den der Tornister mörderlich drückt, er hat jetzt keine Zeit, sich um die Schlacht zu kümmern, das Gewehr baumelt ihm mit dem aufgepflanzten Seitengewehr gefährlich um die Waden, er hat es an den Unterarm gehängt. Manchmal macht er einen Katzenbuckel und wirft den Tornister höher und nestelt an den Riemen. Der Schweiß rinnt ihm vom runden Gesicht.

Diese dichte, weiße Wand, durch die sie wandern, ist merkwürdig lebendig. Ein unsichtbarer, flitzender, glitschender, pfeifender, waagerechter Regen saust durch sie hindurch. Manchmal ist es wie ein überlautes Geschwirr von großen Insekten. Manchmal sind es lange, leichte, seufzende Sensenhiebe.

Und immer wieder die fürchterlichen Perlenpeitschenschläge der Maschinengewehre. Und immer wieder die Sekundenflammenblitze der Schrapnells. Sie hören den Abschuß der Geschütze irgendwo vor sich, und beinahe in derselben Sekunde hören sie das Aufheulen und den Einschlag der Granate.

Am schauerlichsten aber in diesem weißen Raum ist das scharfe, stählerne, schnalzende, immerwährende Geflüster der Gewehrgeschosse.

Und manchmal denken sie: Wo kommt das alles bloß her, und wer schießt denn da so unvorsichtig und so blödsinnig, und warum kommt das alles so dicht und so höllenhart?

Und wieder wirbelt Thirr sein Gewehr um den Helm, brüllt etwas und schleudert sich hin. Thirr, mit einem seltsam fremden und unerbittlichen Ausdruck im Gesicht.

Sie werfen sich hin, wie er und Leutnant Perrer sich hingeworfen haben, sie liegen mit schlagenden Schläfen im nassen Acker, das Antlitz nahe auf der würzigen, lebendigen, süßen, flandrischen Erde. Sie sind aufgewühlt von einer unbekannten, fressenden, lodernden Besessenheit. Sie schreien sich Bemerkungen zu, die niemand versteht und auf die sie sinnlose, lachende Antworten zurückbrüllen. Dann machen sie sich an ihrem Gewehrschloß zu schaffen. Mit ihren halberstarrten und erdverklebten Fingern würgen sie einen Patronenrahmen in die Kammer. Und dann nimmt als erster Kohlhammer sein Gewehr nach vorn und hält die Mündung in den Nebel hinein, bringt den Zeigefinger an den Abzug.

Offiziersstellvertreter Thirr hüpft in mächtigen Sätzen über vier, fünf Mann hinweg und schlägt Kohlhammer die Mündung in den Dreck, ein scharfer Knall, der Dicke hat vor Schrecken abgezogen.

„Kohlhammer!" schreit ihm Thirr in die Ohren, „da vorn liegen eigene Leute!"

Und, breitbeinig über dem Dicken stehend, die Hände als Schalltrichter vor dem Mund, ruft er nach links und rechts: „Nicht schießen, bevor es befohlen wird! Da vorn liegen unsere beiden Züge!"

Und dann schnuppert er ein bißchen in den Nebel hinein, scheint überzeugt zu sein, daß es noch nicht nach Tod für ihn riecht, und geht aufrecht und nicht sehr eilig zum Kompagnieführer zurück.

Der hat einen Mann vorgeschickt, um nachzusehen, was vorn los ist.

Dieser Nebel!

Warum schreit da auf einmal Unteroffizier Düwert so fürchterlich, warum will er sich denn in den Boden wühlen warum reißt er sich denn so rasend den Rock auf, warum wirft er sich herum und beißt sich in beide Handgelenke?

„Sanitäter, hierher!"

Mit einigen Sätzen ist der Kompagnieführer dort. Er beugt sich über einen Mann, dem die Tränen über die Backen laufen, eine nach der anderen, aus geschlossenen Augen. Sie versuchen Unteroffizier Düwert die Handgelenke, von denen schon das Blut läuft, aus den Zähnen zu nehmen, aber er hat sich festgebissen.

„Düwert!" schreit Leutnant Perrer.

Der Sanitäter richtet sich auf, ihm zittern ein wenig die Lippen. „Was hat er?"

„Schwerer Bauchschuß, Herr Leutnant!"

Der Kompagnieführer geht schweigend zu Thirr zurück. Und in diesen Augenblicken ist der Nebel langsam und zögernd auseinandergegangen, seine Fahnen wehen noch eine Viertelstunde unschlüssig hin und her, und jetzt können Perrer und Thirr übersehen, was vorn los ist.

Der weite Rübenacker ist bedeckt mit graugrünen kleinen Hügeln. An die hundert und hundert. Nur da und dort sehen sie einen grauen Hügel sich bewegen. Und dann sehen sie auch ein Gewehr sich vorschieben.

Aber sonst liegt alles bewegungslos, und Perrer und Thirr sehen sich an.

„Sie können doch nicht alle — — —?" fragt der Kompagnieführer und beendet den Satz nicht.

„Wer verwundet ist, riskiert es nicht, zurückzugehen," sagt Thirr heiser. Nein, niemand kann es riskieren. Das sehen sie wohl.

Das ist also die erste Welle und die zweite Welle einmal gewesen.

Thirr springt auf, Perrer springt auf, der erste Zug springt auf, es braucht niemand einen Befehl zu geben.

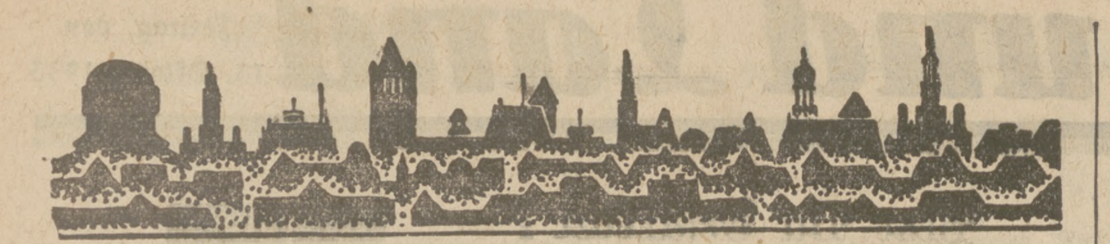
Hin zu ihnen und auf durch den Orkan! Als ob eine Riesenhand den ersten Zug aus den Rüben höbe, so fahren sie hoch und stürzen nach vorn, sie machen keine Pause, sie stolpern zwischen den Toten hindurch, sehen wie in einem Traum Verwundete die Hände ausstrecken, und dann werfen sie sich dorthin, wo die vorderste Linie sich befindet.

Die vorderste Linie, da ist nicht mehr viel am Leben.

Sie kratzen sich einen Erdhaufen zusammen und klatschen ihn vor ihren Gesichtern fest.

Dann jagen sie die ersten Schüsse hinaus. Ohne Feuerbefehl. Geradeaus knallen sie. In irgend eine Hecke hinein. In die Häuserwand da vorn hinein.

(Fortsetzung folgt)



Stadt Posen

Donnerstag, den 12. Oktober

Sonnenaufgang 6.12, Sonnenuntergang 17.06; Mondaufgang 22.45, Monduntergang 14.47.

Heute früh 7 Uhr: Temperatur der Luft + 12 Grad Cels. Südwestwind. Barom. 751. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur + 22, niedrigste + 11 Grad Celsius.

Wasserstand der Warthe am 12. Oktober — 0,32 Meter, gegen — 0,31 Meter am Vortage.

Wettervoraussage für Freitag, 13. Oktober: Noch etwas kühler, wolkig bis heiter, nachlassende nordwestliche bis westliche Winde.

Städtisches Museum mit Radio-Abteilung (ulica Marsz. Focha 18): Besuchszeit: Wochentags 10—14 Uhr, Sonn- und Feiertags 10—12½.

Bestrafung für illegalen Grenzübertritt

Auf Wunsch des Deutschen Generalkonsulats Posen geben wir folgendes bekannt:

„Die Preußische Regierung hat dieser Tage Verfügung getroffen, daß polnische Staatsangehörige, die sich nicht im Besitz der zur Einreise in das Reichsgebiet erforderlichen Paßpapiere und Sichtvermerke befinden, gleichgültig, ob es sich um Polnisch- oder Deutschstämmige handelt, ausnahmslos am Grenzübertritt gehindert werden und, falls die Betreffenden in das Inland gelangt sind, nach erfolgter Bestrafung für illegalen Grenzübertritt und unbefugten Aufenthalt, notfalls zwangweise wieder über die Grenze zurückzuführen sind.

Es wird daher erneut auf die Gefahren und die Bestrafung hingewiesen, denen sich ein einzelner bei einem illegalen Grenzübertritt in Deutschland und in Polen aussetzen würde.“

Neuer Verwalter des alten Kreuzkirchhofs

Der Evangelische Gemeindekirchenrat der Kreuzkirche bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

„Wir geben hiermit bekannt, daß der bisherige Friedhofsverwalter auf dem alten Kreuzkirchenfriedhofe (in der Halbdorfstraße) und dem Rittertorfriedhof, Herr Max Zobel, zum 1. Juli d. J. von uns entlassen ist. Die Verwaltung mit den bisherigen Rechten ist Herrn Walter Pfeiffer übertragen worden.

Es ist dem früheren Friedhofsverwalter und dessen Angehörigen sowie dritten Personen untersagt, Grabpflegen zu übernehmen, Gelder für Grabpflegen einzuziehen und Kränze und Blumenschmuck auf den Friedhöfen zu verkaufen. Die Gebühren für die Grabpflegen sind an die Evangelische Kirchenkasse, Grobla 1, zu zahlen. Beschwerden sind gegebenenfalls an den Evangelischen Gemeindekirchenrat dortselbst zu richten.“

Posener Handwerkerverein — Verein Deutscher Sänger

Der erste Familienabend obiger Vereine, der am kommenden Sonntag, 15. Oktober, in der Grabenloge stattfindet, beginnt mit Rücksicht auf die Veranstaltung des Rudervereins „Germania“ nicht, wie bekannt gegeben, um 5 Uhr, sondern erst **um 7 Uhr.**

Mit Rücksicht auf den zu erwartenden starken Besuch werden die Mitglieder gebeten, rechtzeitig zu erscheinen.

Geschäfts-Jubiläum. Der Fouragehändler Gustav Schiller, ul. Dabrowskiego 75, begeht am 15. d. Mts. sein 25jähriges Geschäftsjubiläum.

X **Ueberfahren.** In der Nähe der Theaterbrücke wurde Anton Szwed von einem Rollwagen überfahren und schwer verletzt. Der unmenschliche Kutscher kümmerte sich nicht um sein Opfer, sondern fuhr ruhig weiter und blieb bisher unerkannt. Etwaige Zeugen dieses Vorfalls werden ersucht, sich im 7. Polizeirevier zu melden.

X **Raubüberfall.** Die Expedientin Helene Chwirot, ul. Bosa 25, wurde gestern in den Abendstunden in der ul. Marsz. Focha überfallen. Der Täter warf einen Mantel über sein Opfer, entriß ihr die Handtasche und machte auch den Versuch, ihr ein Paket zu entreißen. Die Ueberfallene erkannte den Täter, welcher sich als der 20jährige Mechaniker Stefan Klatt, ul. Knapowskiego 29, entlarvte. Er wurde hinter Schloß und Riegel gebracht.

X **Angeschossener Kohlendieb.** In der ul. Marsz. Focha wurde der Arbeiter Florjan Michalski bei einem Kohlendiebstahl durch einen Blindgänger leicht verletzt.

X **Diebstahl.** Aus der Wohnung von Tomasz Zak, Rosenstraße 14, wurde in der Nacht zum 12. d. Mts. eine Schreibmaschine Marke „A. E. G.“ im Werte von 1000 Zloty gestohlen.

X **Wessen Fahrrad?** Im 2. Polizeirevier befindet sich ein Herren-Fahrrad, welches im Hausflur ul. Lukaszewicza gefunden wurde. Der Eigentümer kann dieses dort abholen.

X **Wegen Uebertretung der Polizeivorschriften** wurden 10 Personen zur Bestrafung notiert und wegen Trunkenheit, Bettelns und anderer Vergehen 14 Personen festgenommen.

Wochenmarktbericht

Bei dem warmen und sonnigen Oktoberwetter hatte der gestrigen Markttag einen recht guten Besuch aufzuweisen; auch das Angebot war in jeder Hinsicht reichhaltig und die Nachfrage zufriedenstellend. Die Preise, im allgemeinen wenig verändert, betrugen für Molkereierzeugnisse: Tischbutter 1,90, Landbutter 1,70—1,80, Weißkäse 30—50, für das Viertelliter Sahne 35—40, die Mandel Eier 1,50 Zl. Auf dem Fleischmarkt wurden folgende Preise gefordert: Schweinefleisch 70—90, Rindfleisch 70—1,10, Hammelfleisch 60—90, Kalbfleisch 70—1,40, roher Speck 1, Räucherspeck 1,20, Schmalz 1,30, Kalbsleber 1,40, Schweine- und Rindsleber 70—90, An den Verkaufsständen des Gemüse- und Obstmarktes forderte man für Tomaten das Pfund 10—25, für weiße Bohnen 30—40, Erbsen 25—35, Spinat 15, Kartoffeln 3—5, Wruken 10—15, Rosenkohl 35—40, Grünkohl 10—15, ein Kopf Blumenkohl je nach Größe 30—80, Rotkohl 20—30, Weißkohl 10—30, Wirsingkohl 25—40, Mohrrüben 15, Kohlrabi 15, rote Rüben 15, Suppengrün 5—10, Radieschen 10, Rettiche 10, Zwiebeln 10—15, Salat 10—15, Gurken 20—30 das Stück, saure Gurken 5—10, Sauerkraut 20—25, Steinpilze 0,50—1 Zl. Für das Pfund Aepfel zahlte man 10—40, für Birnen 10—40, Weintrauben, ausländ. 2 Zl., Musbeeren 40—45, Kürbis 10—15, Melonen 25—30, Rhabarber 10 bis 15, Bananen 30—70, Zitronen das Stück 10 bis 15, Walnüsse 1,40, Hagebutten 10, Butterpilze 15—30, Grünlinge 15—35. — Den Geflügelhändlern zahlte man für Hühner 1—3, für Enten 1,80—3, Gänse wurden nicht angeboten, Perlhühner kosteten 2,50—3, Puten 4—5, das Paar Tauben 90—1,20, Kaninchen 1,30—2. — Auf dem Fischmarkt waren Hechte zu finden für 1—1,30 das Pfund, Karpfen 1,30—1,40, Schleie 1,30, Weißfische 50—70, Aale 1,80—2, Zander 1,60, Barsche 70—90, Krebse die Mandel 50—2 Zl. — Auf dem Blumenmarkt war die Auswahl dank des warmen, sonnigen Wetters überaus reichhaltig und schön.

Sitzung der Stadtverordneten

Pekuniäre Hilfe für die Müllverbrennungsanstalt — Obdachlose erhalten Bauparzellen und hölzerne Behausungen — Keine Aenderung von Kommunalzuschlägen

jr. **Posen,** 12. Oktober.

Die gestrige Sitzung der Stadtväter stand in der Beschleunigung des Arbeitstempos der ersten Nachferiensitzung nicht nach. Es war eine typisch nüchterne Arbeitssitzung

ohne den Wortschwall parlamentarischer Beredtsamkeit.

Wiederum wurde in knapp einer halben Stunde die Tagesordnung erledigt, allerdings ohne die Verabschiedung der mit dem neuen Selbstverwaltungsgesetz verbundenen Punkte, die einen kleinen Zusammenstoß der Parteien erwarten ließen. Die „Ruhe vor dem Sturm“, der unausbleiblich erscheinen muß, wenn man bedenkt, daß die Nationaldemokratie sich bei den Neuwahlen nicht so leicht aus dem festen Sattel werfen lassen wird, während andererseits die Sanierung durch Diskussionsabende und dergl. schon jetzt ihren

kommenden Generalangriff gegen die Kommunalwirtschaft

vorbereitet. Gestern glänzten ihre Führer in Abwesenheit.

Eigenartig berührte es, als man den Stadtpräsidenten Ratajski als Versammlungsleiter bei Eröffnung der Beratungen die „Entschuldigungszettel“ der fehlenden Stadtväter auf seinem Pult der Reihe nach umwenden sah. Nachdem er dann dem Kommunisten Brygier erlaubt hatte, sich in sozialpolitischen Kritiksüchteleien zu ergehen, die vor das falsche Forum gebracht worden waren, trat man in die Tagesordnung ein.

Die vom Wojewodschaftsamt in den Satzungen über die Eintreibung der Vergnügungssteuer vorgenommenen Aenderungen, die einen „revolutionären“ Charakter nicht verrieten, wurden ohne Aussprache bestätigt, wie denn überhaupt während der eigentlichen Beratungen mit einer Ausnahme kein einziges Wort der Debatte fiel. Der aus dem Arbeitsfonds zu deckenden Auffüllung des Budgets der Müllverbrennungsanstalt für das Jahr 1933/34 um etwa 400 000 Zloty stimmte man vorbehaltlos zu, obgleich sich im Zusammenhang mit dem letzten Streik wohl manches hätte sagen lassen.

Grundstücksangelegenheiten bildeten den Schluß. Obdachlosen wurden 82 Bauparzellen in Naramowice zugewiesen, wo hölzerne Behausungen entstehen sollen; auf der anderen Seite soll das Golentschiner Gelände des „Großpolnischen Rennvereins“ zur Errichtung von Villen usw. aufgeteilt werden. Stadtv. Brygier erweckte bei Behandlung der Obdachlosenvorlage mit der „formulierten“ Forderung, daß alle Mieter mit mehr als 2 Zimmern ihr „Mehr“ an Wohnräumen den Obdachlosen zwangsweise abgeben sollten, immerhin einige Verwunderung ob der geradezu „entwaffnend“ bequem gedachten Lösung der Wohnungsfrage.

Die Kommunalzuschläge zu den Gewerbepatenten und den Gewerbesteuern sowie zu den Akzisenpatenten für die Herstellung und den Verkauf von Spirituosen hat das Stadtparlament in der bisherigen Höhe auch für das Kalenderjahr 1934 beschlossen.

„Hakenkreuz über Europa“

Ein polnischer Vortrag in der Posener Universität

vp. **Posen,** 12. Oktober. Gestern hielt ein Herr Jan Ulatowski im überfüllten Saal 17 des Collegium Minus einen Vortrag über das Thema „Hakenkreuz über Europa“. Die Auslassungen Ulatowskis waren von einer Niveaulosigkeit, die der Universitätsräume, in denen sie von Stapel liefen, nicht würdig war.

Nach geschmacklosen Ausfällen gegen die neuen deutschen Führer, brachte der Vortragende eine Menge zusammengelesener Gedanken vor, die trotz ihrer konfusen Widersprüche darauf hinausliefen, daß **die nationalsozialistische Ideologie richtunggebend für die weitere Entwicklung Europas werden müßte.**

Die grundsätzlich gegnerische Einstellung des Vortragenden zum neuen Deutschland, die aus den einleitenden Sätzen deutlich hervorging, hinderte ihn nicht, die Entwicklung Deutschlands als beneidenswert darzustellen.

Obwohl der Vortrag entschieden gegen die intellektualistische Geistesrichtung Front machte, schien er uns im Grunde nicht mehr als ein geistvoll sein wollendes Feuilleton zu sein.

Ein Zurückkommen auf einige Punkte des Vortrages in einem anderen Zusammenhang behalten wir uns vor.

Wieder Prozeß Dembecki

Thorn, 11. Oktober. Gestern begann im Thorner Appellationsgericht der Prozeß gegen den früheren Unterstaatsanwalt Dembecki aus Posen, der seinerzeit gerichtliche Liegenschaften unterschlagen hatte. Das erste Mal stand Dembecki vor dem Posener Bezirksgericht im Jahre 1929. Er ist angeklagt, 4000 holländische Gulden und 2150 Dollar unterschlagen zu haben, sowie amtliche Dokumente gefälscht und Gerichtsakten entwendet zu haben. In der ersten Instanz ist er zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Im Appellationsverfahren 1930 bekam er 3 Jahre Gefängnis zudiktiert. Das höchste Gericht überwies den Fall zurück an das Posener Appellationsgericht, das ihn wiederum zu drei Jahren Gefängnis verurteilte. Gestern verlangte der Staatsanwalt eine Erweiterung des Anklageaktes, die eine Vertagung des Verfahrens erforderlich machte. Dembecki ist verhaftet worden.

Wojew. Posen

Schrimm

nn. **Aenderungen im Personal der Fleischbeschauer.** Der Starost hat auf Grund einer Verordnung des Staatspräsidenten den Fleischbeschauer F. Karasia für den Bezirk Dolzig und Malachowo seines Amtes enthoben und dafür J. Pomin aus Xions eingesetzt. Desgleichen wurde der sich neu in Moschin niedergelassene Tierarzt Skibiński mit der Ueberwachung der Fleischbeschau betraut.

nn. **Kommissarischer Schulze.** In dem Dorfe Krajkowo wurde der Schulze J. Bloszyk seines Amtes enthoben und dafür als vorläufiger kommissarischer Schulze der Landwirt H. Nowacki eingesetzt.

Schroda

t. **Schadenfeuer.** Aus bisher nicht ermittelten Gründen brach auf dem Besitztum Marciniak in Wiosna bei Witowo am vergangenen Freitag plötzlich Feuer aus, das einen Schaden von 9000 Zloty anrichtete. Es verbrannten zwei Scheunen mit der Ernte und ein Stall, welcher landwirtschaftliche Geräte enthielt. Ferner fielen den Flammen 15 Schweine, 15 Gänse und noch verschiedenes Inventar zum Opfer.

t. **Liquidierung des hiesigen Gymnasiums?** In letzter Zeit wird in unserer Stadt allgemein davon gesprochen, daß das hiesige polnische staatliche Gymnasium liquidiert bzw. in ein städtisches oder privates Gymnasium umgewandelt werden soll. Als Grund hierfür wird die geringe Schülerzahl genannt. Wieweit diese Gerüchte auf Tatsachen beruhen, ist im Augenblick noch nicht bekannt.

t. **Statistisches vom hiesigen Standesamt.** Nach der Registrierung des hiesigen Standesamtes sind in der Zeit vom 19. August bis zum 9. Oktober 15 Todesfälle, davon 12 männliche und 3 weibliche, zu verzeichnen.

Jarotschin

× **Erntefest.** Die Ortsgruppe der „Welage“-Jarotschin veranstaltete unter Beteiligung des Verbandes für Handel und Gewerbe, Ortsgruppe Jarotschin, im Saale des Evangelischen Vereinshauses am vergangenen Sonntag ein Erntefest. Zu Beginn des Festes wurden zwei gemeinsame Lieder gesungen. Das eine („Feuerspruch“), dessen Text und Melodie Herr Landrat a. D. Naumann verfaßt hat, wurde von der ganzen Versammlung stehend gesungen. Anschließend hielt der Vorsitzende der „Welage“, Herr Fischer von Mollard, eine sehr interessante Vorlesung über die Veränderungen in der Wirtschaftslage während der letzten zehn Jahre. Nachdem dann noch ein Schulmädchen ein Gedicht vorgetragen hatte, kam der Tanz zu seinem Rechte, zu dem eine vorzügliche Tanzkapelle aufspielte. Während einer Tanzpause wurde die Prämiierung derjenigen Damen vorgenommen, die sich am meisten für das Gelingen des Festes aufgeopfert hatten. Ein Preisrichterkollegium belohnte die Lehrerin Fräul. Erika Hell mit dem ersten Preise und die beiden Schwestern Breitenbach mit dem zweiten Preise.

Lissa

Jüdischer Kaufmann beschimpft polnischen Kunden

Dienstag ist der jüdische Kaufmann Szaja Król (ul. Leszczyńskich) vom Bezirksgericht zu zwei Monaten Gefängnis mit zwei Jahren Bewährungsfrist verurteilt worden, weil er einen seiner polnischen Kunden in einer nicht wiederzugebenden Weise, die dessen Nationalgefühl beleidigen mußte, beschimpft hatte.

k. **Aus dem amtlichen Kreisblatt.** Geflügelcholera erloschen. Der Starost gibt bekannt, daß in den Gemeinden Jezierzyce-kościelne und Jablonna die Geflügelcholera erloschen ist und daß die angeordneten Schutzmaßnahmen zurückgezogen werden. — Neue Bezirkshebamme für den Bezirk Laßwitz. Die Hebamme Wladyslawa Pudlowa, wohnhaft in Schwetzkau, hat mit dem 15. September die Tätigkeit als Bezirkshebamme für den Bezirk Laßwitz übernommen. Zu diesem Bezirk gehören die Gemeinden Laßwitz, Altlaube, Neulaube und Przybyszewo sowie die Gutsbezirke Altlaube und Przybyszewo.

k. **Laßwitz erhält ein Pilsudski-Denkmal.** Hier hat sich ein Komitee gebildet, das die Absicht hat, dem Ersten Marschall der Republik ein Denkmal zu setzen. Das Denkmal aus künstlichem Stein soll im Schulgarten mit der Front zur Chaussee Lissa—Fraustadt Aufstellung finden.

Reichthal

wg. **Selbstmordversuch.** Der Staatsförster Niebieszczański in Sadogóra bei Reichthal versuchte am Dienstag in der Nacht seinem Leben ein Ende zu machen, indem er sich mit einem Stutzen einen Brustschuß beibrachte. Die Ursache dazu gab die unverhoffte Revision der ihm unterstellten Forstkasse, die durch den Forstrat Przybylski aus Posen vorgenommen wurde, wobei Fehlbeträge festgestellt wurden.

Kempen

wg. **Feuer.** Auf dem Dominium Zalesie verbrannten drei Getreideschober.

Schildberg

wg. **Unglücksfall.** In der Mühle mit Turbinenantrieb des Obersten Thiel in Doruchow wurde der Praktikant Kowalczyk vom Riemen der Transmission erfaßt und ihm die rechte Hand abgerissen.

wg. **Registrierung des Jahrgangs 1913.** Die Stadtverwaltung fordert alle männlichen Personen auf, welche im Jahre 1913 geboren sind und auf dem Terrain der Stadt wohnen, sich während der Amtsstunden vom 16. bis 31. Oktober im Rathaus, Zimmer Nr. 9, zu melden zwecks Registrierung der Militärdienstpflicht. Die Nichtbefolgung dieser Anordnung unterliegt einer Arrest- oder Geldstrafe, auch kann auf beide Strafen gleichzeitig erkannt werden.

Samter

hk. **Ein Mörder vor dem hiesigen Gericht.** Am 23. d. Mts., um 10 Uhr vormittags findet hier mit einem Zeugenaufgebot von 20 Personen die Verhandlung gegen den Mörder Stanislaw Rakowski statt, der seinerzeit den Landwirt Schmalz in Przyborowo ermordete.

Inowrocław

z. **Das Fest der Silbernen Hochzeit** begingen am 8. Oktober Herr Fabrikbesitzer Arthur Radetzki und Gemahlin.

z. **Kirchliches.** Die in diesem Jahre hier stattfindenden Erneuerungswahlen zu den kirchlichen Körperschaften sind auf Sonntag, den 29. Oktober, im Anschluß an den Gottesdienst festgesetzt. Die Wählerliste liegt vom 11. bis 24. Oktober im Pfarrhause aus. Es scheiden zwei Kirchenälteste und fünf Gemeindevertreter aus und sind zwei Aelteste und vier Vertreter zu wählen.

z. **Zu der Affäre in der hiesigen Kreissparkasse** wird amtlicherseits nochmals festgestellt, daß der Schaden, der durch die unerlaubten Manipulationen der Kasse entstanden sind, nur 15 000

Minderheitenentschlüsse vor der Genfer Vollversammlung

Die Minderheiten- und Flüchtlings-Entschließungsentwürfe in den Ausschüssen angenommen

Genf, 11. Oktober. **Die drei vom Unterausschuß ausgearbeiteten Entschließungsentwürfe über die Minderheitenfrage sind gestern nachmittag im politischen Ausschuß ohne erhebliche Aussprache angenommen worden. Die Entschließungen, die noch der Zustimmung der Vollversammlung bedürfen, haben folgenden Wortlaut:**

1. Die Versammlung spricht unter Bezugnahme auf ihre Empfehlung vom 21. September 1922 die Hoffnung aus, daß die Staaten, die gegenüber dem Völkerbund durch keine rechtlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Minderheiten gebunden sind, dennoch bei Behandlung ihrer Minderheiten der Rasse, Religion oder Sprache mindestens das gleiche Maß der Gerechtigkeit und Toleranz beachten werden, das von den Verträgen und nach der Satzung des Völkerbundes gefordert wird.
2. Die Versammlung ist der Meinung, daß die in Entschließung Nr. 1 aufgestellten Grundsätze ohne Unterschied auf alle Kategorien von Staatsangehörigen, die sich von der Mehrheit der Bevölkerung durch Rasse, Sprache oder Religion unterscheiden, Anwendung finden müssen.
3. Die Versammlung ersucht den Generalsekretär, dem Völkerbundsrat die Aussprache in der 6. Kommission über die Gesamtheit der Minderheitenfrage zur Kenntnis zu bringen.

Den Entschließungen 1 und 3, die nur formelle Bedeutung haben, hat die deutsche Delegation durch eine Erklärung des Gesandten v. Keller zugestimmt. Dagegen hat sie der Entschließung Nr. 2 ihre Zustimmung bereits gestern im Ausschuß versagt, so wie sie heute in der Versammlung gegen sie stimmen wird.

Die deutsche Delegation, so erklärte Gesandter v. Keller, ist der Ansicht, daß der Anwendungsbereich der Entschließung sich auf die eigentlichen Minderheiten zu beschränken hat. Aus der Verhandlung im 6. Ausschuß und im Unterausschuß hat sich jedoch ergeben, daß mit der Entschließung 2, die die erste Entschließung auflösen soll, in der Hauptsache bezweckt wird, die Behandlung der Juden in Deutschland in den Anwendungsbereich der Entschließung einzubeziehen. Dies widerspricht der grundsätzlichen Auffassung der deutschen Delegation, wie sie der deutsche Vertreter in seinen Ausführungen im Laufe der Aussprache des Ausschusses dargelegt hat, und nach denen die Frage in den Bereich der inneren Gesetzgebung Deutchlands fällt.

*

Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes hat die Entschließung „für die Flüchtlinge aus Deutschland angenommen", die der Vollversammlung die

Feststellung eines Oberkommissars

zur Lösung dieser Fragen vorschlägt. Die an den Problemen interessierten Staaten und privaten Organisationen sollen sich in einem Verwaltungsrat vertreten lassen, dem der Oberkommissar allein verantwortlich ist. Alle finanziellen Beiträge sollen völlig freiwilligen Charakter tragen. Der Völkerbund wird nur einen einmaligen, alsbald zurückzuzahlenedn Vorschuß von 35 000 Franken leisten.

Die französische Entschließung über Minderheitenschutz nicht angenommen

Nach Redaktionsschluß wird uns noch aus Genf gemeldet: Die Völkerbundversammlung ist heute vormittag zu der abschließenden Sitzung ihrer gegenwärtigen Tagung zusammengetreten, um die ausgearbeiteten Entschlüsse anzunehmen. Von den 11 auf der Tagesordnung stehenden Punkten wurden heute vormittag eine größere Anzahl erledigt, darunter der Bericht über den Minderheitenschutz. Punkt 1 und 3 der Entschließung wurden ohne Aussprache angenommen. Zur Entschließung Nr. 2 legte Gesandter v. Keller entsprechend seiner gestrigen Erklärung im politischen Ausschuß Protest ein. Der Präsident der Versammlung stellte darauf fest, daß in Anbetracht dieser deutschen Erklärung die Entschließung Nr. 2 nicht angenommen worden sei. Außerdem wurde bereits heute vormittag die Entschließung bezüglich Einsetzung eines Kommissars für die deutschen Flüchtlinge ohne Aussprache mit Enthaltung Deutschlands angenommen.

Polnisch-rumänische Einmütigkeit

Titulescu benutzt den Warschauer Aufenthalt zu Bekundungen seiner Freundschaft zur Sowjetunion

Warschau, 11. Oktober. Im Beisein des Außenministers Beck ist gestern von Titulescu und dem Warschauer Vertreter der Sowjetunion ein Protokoll unterzeichnet worden, das die Niederlegung der Ratifizierungsdokumente der Londoner Konvention über die „Definition des Angreifers" feststellt.

In den Nachmittagsstunden gab der rumänische Gesandte ein Frühstück, an dem der polnische Ministerpräsident Jedrzejewicz, Titulescu, Außenminister Beck, Botschafter Laroche, Vizeminister Szembek, die Gesandten Griechenlands und der Tschechoslowakei sowie der Sowjetgesandte Owsiejenko teilnahmen.

Die Anwesenheit des Sowjetgesandten wurde besonders beachtet.

Nach den Unterredungen, die Außenminister Beck mit dem rumänischen Außenminister Titulescu gestern geführt hatte, wurde ein offizielles Kommunikat herausgegeben, in dem es heißt, daß die beiden Außenminister die allgemeine politische Lage und deren Einfluß auf die Interessen beider Länder besprochen haben.

Sie hätten Einmütigkeit über alle geprüften Fragen und ihre Befriedigung über die glücklichen Ergebnisse festgestellt, die die polnisch-rumänische Zusammenarbeit bereits gezeitigt hätte und zu denen sie noch berufen sei.

Um 5 Uhr nachmittags hat Titulescu Warschau in Begleitung des rumänischen Gesandten verlassen und sich nach Bukarest begeben.

Der rumänische Außenminister, der übrigens dem Sowjetgesandten in Warschau einen von diesem erwiderten offiziellen Besuch gemacht hat, empfing vor seiner Abreise aus Warschau im „Hotel Europejski" Vertreter der polnischen Presse und Auslandsjournalisten, denen gegenüber er eine Erklärung abgab, in der er u. a. folgendes ausführte: Mein Besuch gab Gelegenheit zu einer gründlichen Erörterung der allgemeinen politischen Lage. Polen und Rumänien bemühen sich um eine

größtmögliche Besserung der Beziehungen zu allen Nachbarstaaten ohne Unterschied.

Unser Bündnis mit Polen verfolgt nicht nur die Gewährleistung der nationalen Sicherheit. Es soll auch eine Quelle von Eingebungen für die künftige positive Politik sein, die die Sicherstellung des Friedens in Osteuropa bezweckt. Der Unfriede, den ganz Europa im Augenblick durchmacht, legt uns mehr denn je die Pflicht auf, den Frieden in dem Teil Europas, dem unsere Länder geographisch angehören, mit unseren eigenen Mitteln zu sichern.

Militärbündnisse sind nicht das wirksamste Mittel zur Erreichung dieses Zieles.

Dieses Ziel kann viel leichter erreicht werden durch Bemühungen, die eine Annäherung und Zusammenarbeit auf allen Gebieten der internationalen Tätigkeit erstreben. Die freundschaftlichen Bindungen Polens und Rumäniens mit verschiedenen Staaten schließen einander nicht aus, sondern ergänzen sich. Die wesentlichste Bedingung des Friedens aber ist die Unantastbarkeit der Verträge. Unsere Politik, die volles Verständnis für die Interessen aller Völker zeigt, hat einen friedlichen, aber auch entschiedenen Charakter, der eine wirksame Realisierung eines Programms auf längere Sicht gestattet. Rumänien will alles tun, was in seiner Macht steht, damit seine Beziehungen zu Sowjetrußland wirklich herzlich werden. Die Unterredungen, die ich geführt habe, haben mich davon überzeugt, daß dieser Wunsch gegenseitig ist."

Vor neuen Kabinettsveränderungen?

Warschau, 11. Oktober. In politischen Kreisen sind Gerüchte von bevorstehenden Aenderungen im Kabinett verbreitet. So wird Stefan Starzyński als zukünftiger Vizepremier, Unterstaatssekretär Lechnicki als Landwirtschaftsminister und Oberst Koc als künftiger Finanzminister genannt.

*

Warschau, 11. Oktober. Gerüchtweise verlautet, daß der lettische General Kalejutsch, ein Mitglied der Abrüstungskonferenz, ernsthafter Kandidat für den Posten des Völkerbundskommissars in Danzig sein soll.

Schicksal einer deutschen Schule

Zwecks „Höherorganisierung" aufgelöst — Unzufriedenheit bei den deutschen wie bei den polnischen Hausvätern — Ein Beschwerdeschreiben an das Ministerium

Am 26. September d. J. wurde durch eine Verfügung des Posener Schulkuratoriums vom 11. September 1933 die selbständige deutsch-evangelische staatliche Volksschule in Rudnik (Kreis Graudenz) aufgelöst und die Kinder der katholischen Schule zugeteilt. Gleichzeitig wurde der evangelische deutsche Schulleiter mit zwölf Dienstjahren dem polnischen Schulleiter, der nur acht Dienstjahre hat, unterstellt.

Ferner teilte das Kuratorium mit, daß der Organisationsgrad der aufgelösten Schule gehoben und dieselbe in einer vierklassige polnische umgewandelt werde.

Die evangelischen Hausväter sind nicht begeistert von der Höherorganisierung, die ihnen den Verlust ihrer selbständigen evangelischen Schule brachte. Sie haben sich beschwerdeführend an das Ministerium gewandt. Der Ortsschulrat dagegen hat in einer Sitzung, zu welcher der einzige deutsche Vertreter keine Einladung erhalten hat, die Auflösung der evangelischen Schule zur Kenntnis genommen und sich damit einverstanden erklärt.

Nicht nur die evangelischen Hausväter sind mit der Neuordnung unzufrieden, sondern vor allem auch die polnisch-katholischen Jetzt muß nämlich der erste Schuljahrgang in die frühere evangelische Schule gehen, die an der Peripherie des Dorfes liegt. Die kleinen polnisch-katholischen Kinder können also nicht mehr ihre im Mittelpunkt des Dorfes liegende frühere Schule besuchen, sondern müssen an ihr vorbei bis 4 Kilometer zu der evangelischen Schule pilgern. Die Wiederherstellung des alten Zustandes wird also sowohl von den deutschen wie polnischen Eltern sehnlichst gewünscht.

Eine Folge dieser keine Partei befriedigenden Neuregelung der Schulverhältnisse in Rudnik (Kreis Graudenz) war die, daß am Schluß einer Versammlung über die Gründung eines Vereins zum Bau von Volksschulen kein einziger der Anwesenden seinen Beitritt in den Verein erklärte.

Hoffentlich wird nun das Ministerium dafür sorgen, daß der alte Zustand im deutschen Schulwesen in Rudnik wiederhergestellt wird, damit die Zufriedenheit wieder in das Dorf zurückkehrt.

(Wiederholt aus der gestrigen beschlagnahmten Nummer.)

Anarchisten

Von Proudhon, Bakunin, Fürst Kropotkin und Most bis Almada und van der Lubbe

Die Tatsache, daß der Brandstifter am deutschen Reichstag, van der Lubbe, mehrere Jahre unter dem Einfluß des holländischen Anarchisten Almada stand, hat plötzlich das soziologisch, politisch und pathologisch höchst verwickelte und doch recht interessante Problem des Anarchismus in das Scheinwerferlicht der Tagesereignisse gestellt. Schon einmal hatte sich das deutsche Reichsgericht mit einer anarchistisch beeinflußten Hochverratsaffäre zu befassen, nämlich am 10. Oktober 1881 mit der Hochverratsanklage gegen den anarchistischen Literaten Victor Dave aus London, der zusammen mit dem Schuhmacher Breuder aus Frankfurt und der Berliner Schneiderin Ingert versucht hatte, in Deutschland eine anarchistische Bewegung anzukurbeln. Dave, der ebenso wie heute van der Lubbe durch einen Dolmetscher vor dem Reichsgericht unterstützt wurde, da er als Engländer nur gebrochen deutsch sprach, wurde als Sendbote des internationalen Anarchismus entlarvt, der in besonders enger Verbindung mit einem der anarchistischen Weltführer, Most, gestanden hatte. Der Strafsenat des Reichsgerichts kam damals zur Verurteilung der Angeklagten wegen versuchten Hochverrats zu mehreren Monaten Gefängnis und Zuchthaus.

Was will der Anarchismus?

Der Anarchismus ist eine Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts entstandene politische Theorie, die die Beseitigung jeder angeblichen Gewaltherrschaft eines Menschen über den anderen und des Staates über das Individuum bekämpft. Er erstrebt einen gesellschaftlichen Zustand, in dem der heutige Staat mit all seinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Formen vernichtet und das Zusammenleben der Staatsbürger in freiwilliger Vereinigung geregelt ist.

Die geistigen Väter des Anarchismus sind der Engländer William Godwin und der Deutsche Max Stirner. Godwin stellte in einem 1793 erschienenen Werk politischer und soziologischer Art die erste wissenschaftliche Theorie des neuzeitlichen Anarchismus auf und verlangte die Abschaffung des Staates und der Regierungsgewalt mit allen Mitteln der Bekämpfung einer Tyrannei. Max Stirner formulierte 1845 in seinem Buche „Der Einzige und sein Eigentum" den Anarchismus folgendermaßen: Der Staat ist abzuschaffen, und die Menschheit ist in lauter „freie Vereine von Egoisten" aufzulösen.

Während Godwin und Stirner lediglich die geistige Entwicklung des Anarchismus förderten, kann man P. J. Proudhon als den eigentlichen Gründer des politischen Anarchismus betrachten, da er auf die soziale Bewegung des 19. Jahrhunderts einen nicht unbeträchtlichen Einfluß ausgeübt hat. In seinen 1849 und 1851 erschienenen Werken behauptet Proudhon, daß der heutige Staat nur dazu da sei, die Vorrechte der besitzenden Klassen aufrechtzuerhalten. Man müsse das heutige Regierungssystem vernichten, um freiwillige Gruppen, sogen. Assoziationen zu schaffen, die die Despotie des Geldes beseitigen müßten. Von Proudhon stammt der berühmte Satz: „Eigentum ist Diebstahl", eine Formulierung, die auch die marxistische Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts weitgehend beeinflußt hat. Dabei war Proudhon ein entschiedener Gegner der sozialistischen und kommunistischen Theorien und wollte in der Praxis das Eigentum keineswegs abschaffen, sondern nur „alle Menschen zu Privateigentümern" machen.

Bakunin

Während Proudhon den theoretisch-politischen Untergrund der anarchistischen Bewegung legte, gab ihr der Russe Michael Bakunin das gefährliche Instrument der „Propaganda der Tat", jene Idee des Terrors, der dem Anarchismus jenen blutbesudelten Weg in die Zukunft gewiesen hat. Michael Bakunin vertrat wissenschaftlich in seinem Hauptwerk „Dieu et l'Etat" einen Sozialismus, der das Privateigentum an Konsumtionsmitteln zwar beibehalten, im übrigen aber alle wichtigen Produktionsmittel in Gemeineigentum überführen will. Eine oberste staatliche Gewalt wird von Bakunin abgelehnt und das Schwergewicht auf die Bekämpfung des Regierungssystems mit den Mitteln des Terrors und die Schaffung einer Gemeinschaft „antiautoritärer Kollektivisten" angestrebt. Die Bedeutung der Bakuninschen Theorie trat wesentlich hinter dem anarchistischen Terrorprogramm zurück, das von einer revolutionären, anarchistischen Organisation unter Leitung von Bakunin und dem russischen Fürsten Peter Kropotkin durchgeführt wurde. Verschwörungen und Attentate auf Herrscher und hohe Staatsbeamte jagten einander, so daß die sozialistische Internationale 1872 den Ausschluß der Bakunisten verfügt. Die Bewegung siedelte dann nach Amerika über, wo 1877 ein großer Kongreß stattfand. Der eigentliche Organisator des nordamerikanischen Anarchismus war der Deutsche Most, der 1883 den letzten anarchistischen Kongreß in Pittsburg leitete.

Most

Dieser Most wurde 1886 anläßlich eines Aufruhrs in Chikago verhaftet und alle seine anarchistischen Vereine aufgelöst. Lediglich die deutsche anarchistische Bewegung wurde von Most, der 1880 wegen seiner terroristischen Ideen aus der sozialistischen Arbeiterbewegung ausgeschlossen worden war, weiter inspiriert. Auf seine Sendschreiben und Anweisungen gehen die anarchistischen Attentate in den achtziger Jahren in Deutschland zurück, vor allem das Attentat gegen den Polizeirat Rumpff. Weiterhin hatte Johann Most zweifellos den Plan zur Ermordung der deutschen Fürsten bei der Enthüllung des Niederwalddenkmals entworfen. Der Dynamitanschlag mißlang jedoch infolge des feuchten Wetters. Die beiden Hauptschuldigen, die Anarchisten Rheinsdorf und Küchler, wurden im Februar 1885 in Halle hingerichtet. Zu Beginn der neunziger Jahre entstand in Deutschland eine neue anarchistische Richtung, die sich jedoch innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung nicht durchsetzen konnte. Sie war zuletzt vertreten durch die „Anarchistische Föderation Deutschlands" mit wenigen tausend Mitgliedern und durch die sogenannte „anarcho-syndikalistische Bewegung", die etwa seit 1910 neben der kommunistischen Partei herlief und ein eigenes Organ „Der Syndikalist" besaß.

Anarchisten-Attentate

Die Zahl der anarchistischen Attentate ist schwer festzustellen, da sich vor allem in Rußland eine Absplitterung von den Anarchisten bildete, die den Namen „Nihilismus" annahm und die größte Zahl der russischen Attentate des vergangenen Jahrhunderts zu verantworten hat.

Die anarchistische Bewegung hat hauptsächlich in den romanischen Ländern ihre Terrorakte ausgeübt. Sie entstand bekanntlich unter dem geistigen Patronat von Proudhon und Bakunin in der Französischen Schweiz und schlug 1871 nach Frankreich über, wo die Kommunekämpfer in Paris ihre kommunistischen Attentate verübten und die schönsten Baudenkmäler in Flammen aufgehen ließen. Ende der siebziger Jahre entstand in Frankreich die erste anarchistische Terrorgruppe, die die Attentate von Ravachol 1862, Vaillant 1893, Henry 1894 und die Ermordung des Präsidenten Carnot durch Caserio im Jahre 1894 zu verantworten hatte. In Spanien breitete sich der bakunistische Anarchismus in den siebziger Jahren sehr rasch aus, trotzdem 1874 blutige Verfolgungen der Anarchisten einsetzten. Heute noch stehen die spanischen Gewerkschaften unter starkem anarchistischen Einfluß. In Rußland ist die anarchistische Bewegung durch Bakunin selbst gegründet worden. Doch trat sie gegenüber den übrigen russischen Terrorgruppen der Nihilisten, Sozialrevolutionäre und Bolschewisten erheblich zurück. Anarchistisch-nihilistische Mordtaten beherrschten die letzten Jahrzehnte vor dem Zusammenbruch des russischen Zarenreiches die Oeffentlichkeit. Das sinnloseste anarchistische Attentat wurde im Jahre 1898 von Lucheni an der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich verübt.

Hans Schreyvogel.

Gerechtigkeit für die Deutschen in Lettland

Lettlands Senat hebt deutschfeindliche Verfügungen auf

Riga, 11. Oktober. Seit Monaten wartete das Deutschtum Lettlands auf eine Entscheidung des lettländischen Senats. Wer hatte Recht: der durch seine Willkür und Minderheitenfeindlichkeit gleichermaßen bekannte frühere lettländische Kultusminister Kehninsch oder die 22 von ihm gemaßregelten deutschen Schuldirektoren und der durch strengen Verweis bestrafte Chef des deutschen Bildungswesens in Lettland, Dr. Wachsmuth, und Ministerialdirektor v. Radecki. Die Entscheidung ist jetzt erfolgt.

Der lettländische Senat, das oberste Verwaltungsgericht Lettlands, beschloß: Sämtlichen deutscherseits eingebrachten Beschwerden wird stattgegeben, d. h., die Verfügungen des ehemaligen Kultusministers Kehninsch werden aufgehoben.

Der Beschluß des Senats hat weittragende Bedeutung. Hatte doch der frühere lettländische Kultusminister Kehninsch den Direktor des deutschen klassischen Gymnasiums in Riga, Wulfius, fristlos und ohne Pension entlassen, weil dieser im Rahmen einer Unterrichtsstunde die

Rundfunkübertragung der Feierlichkeiten des 21. März in Potsdam,

darunter die Wiedergabe der Rede des Reichskanzlers Hitler, in seiner Schule gestattet hatte. Außerdem hatte im Gymnasium, wie alljährlich am 22. Mai, eine Erinnerungsfeier an die Befreiung Rigas von den Bolschewisten stattgefunden.

Ferner hatte Kehninsch den Chef des deutschen Bildungswesens in Lettland, Dr. Wachsmuth, und dem Leiter der Mittelschulabteilung des deutschen Bildungswesens, M. v. Radecki, sowie 21 weiteren Direktoren und Leitern deutscher Schulen in Riga

Verweise wegen Veranstaltung von Erinnerungsfeiern anläßlich des Jahrestages der Befreiung Rigas vom roten Terror

erteilt. Der Rechtsvertreter der deutschen Schulmänner, Rechtsanwalt Stegmann, konnte überzeugend die Gesetzeswidrigkeit der Verfügungen des Ministers nachweisen, um so mehr, als seit dem Jahre 1921 in den deutschen Schulen mit der Genehmigung früherer Bildungsminister alljährlich solche Feiern des 22. Mai stattgefunden hatten.

Der Senat bedurfte daher zur Beratung nur eine knappe halbe Stunde, um dann die Entscheidung zu fällen:

„In sämtlichen Klagesachen werden die Verfügungen des ehemaligen Kultusministers Kehninsch aufgehoben."

Es ist verständlich, daß dieser Beschluß des lettländischen Senats in deutschen Kreisen Lettlands große Befriedigung ausgelöst hat, da dadurch die Willkür und Unrechtmäßigkeit der Verfügungen des früheren, durch seine Minderheitenfeindlichkeit bekannten Kultusministers Kehninsch vom höchsten lettländischen Gericht anerkannt wird.

Die zweite Arbeitssitzung des preußischen Staatsrats

Potsdam, 12. Oktober. **Der preußische Staatsrat trat heute morgen in seiner zweiten Arbeitssitzung im Neuen Palais in Potsdam zusammen. Um 5 Uhr begann die Auffahrt der Mitglieder, die mit ihren Wagen durch den abgesperrten Park ankamen. Im Hof des Schlosses hatte ein Kommando Aufstellung genommen, das mit einem Trommelwirbel die Staatsratsmitglieder begrüßte. Der Staatsrat besichtigte nach seinem Eintreffen alle Abteilungen des Arbeitsdienstes, die vor dem neuen Palais angetreten waren.**

Umschuldung kurzfristiger Inlandsschulden der Gemeinden

Berlin, 12. Oktober. Die Zerrüttung der Gemeindefinanzen in den letzten Jahren hat die Gemeinden in ständig steigendem Maße als wichtige Glieder der Gesamtwirtschaft ausgeschaltet. Insbesondere ist die Bedeutung der Gemeinden als Auftraggeber der privaten Wirtschaft immer weiter zurückgegangen. Die Wirkungen dieser Erscheinung haben auch den Arbeitsmarkt beeinflußt. In dem umfassenden Angriff, den die Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit in die Wege geleitet hat, sind deshalb Maßnahmen erforderlich, die es den Gemeinden ermöglichen, ihre ursprüngliche Stellung als Auftraggeber im Rahmen der Gesamtwirtschaft wieder einzunehmen. Voraussetzung hierfür ist die Wiedergesundung der Gemeindefinanzen. Diesem Ziel dient das Gesetz über Aenderungen der Arbeitslosenfürsorge vom 22. 9. 1933 und das Gesetz über die Umwandlung kurzfristiger Inlandsschulden der Gemeinden.

Zur Durchführung des Gemeindeumschuldungsgesetzes in Preußen haben nunmehr der preußische Ministerpräsident und der preußische Finanzminister gemeinsam an alle nachgeordneten Behörden der staatlichen und kommunalen Verwaltung neue Richtlinien gegeben.

Der rumänische Handelsminister in Königsberg

Berlin, 11. Oktober. Die „Voss. Zeitung" berichtet, daß der rumänische Handelsminister sich in Königsberg aufgehalten habe, wo er mit Vertretern ostpreußischer Städte sowie der Handels- und Gewerbekammer konferierte. Nach Angaben des Blattes hat der Minister den Wunsch ausgesprochen, die rumänisch-deutschen Handelsbeziehungen zu erweitern und zu vertiefen.

Die Entschlußkraft der neuen deutschen Staatsmänner

Der Berliner Korrespondent des „Kurjer Poznański" schreibt über die Fähigkeit der neuen deutschen Staatsmänner, sich schnell zu entschließen und zuzupacken, folgendes:

„Das Geheimnis dieser schnellen Entschlüsse und der zweifellosen Kühnheit des Vorgehens bilden zwei Sachen. Die eine ist das Bestehen einer festumrissenen Weltanschauung — auf die wir schon öfters hingewiesen haben und die auch weiterhin unterstrichen werden muß — der Glaube dieser Menschen an die von ihnen vertretenen Ideen. Sie haben keinen Zweifel, daß auf ihrer Seite die Wahrheit steht. Ein hervorragendes Mitgiled der Partei hat u. a. eurem Korrespondenten auf die Frage, ob die Rassentheorie wirklich ein Glaubensbekenntnis sei oder eine Art kaltdurchdachten Mythos für die Wirkung auf die Massen bestimmt, geantwortet, daß doch die Entdeckung Coppernikus' auch erst nach jahrhundertelangen Kämpfen anerkannt worden sei. Es ist schwer, eine charakteristischere Antwort zu geben.

Die zweite Ursache des kühnen Vorgehens ist die Jugend sogar der hohen Partei- und Staatswürdenträger. Leute von dreißig und etwas über dreißig haben entscheidende und höchste Stellungen inne. Hitler selbst zählt doch erst 44 Jahre. Als Beispiel kann der Minister Goebbels dienen, der schon, bevor er die dreißig erreicht hatte, die Stellung eines Gauleiters erhielt und der heute etwas über dreißig ist.

Hitlers Grundsatz, seinen Leuten in den ihnen anvertrauten Stellungen volle Verantwortlichkeit und Macht zu übertragen, hat in ihnen die Fähigkeit des Befehlens und des Entschließens ausgearbeitet und ihnen bei ihren Untergebenen eine große Autorität verschafft. Die Untergebenen wiederum erarbeiten sich in ihrem Bereich dieselben Vorzüge. Das war auch die beste Methode einer Menschenauslese, die in der Hitlerschen Sprache „Das Führerprinzip" heißt.

Diese Menschen wenden, nachdem sie die Macht übernommen haben, im Staatsleben eben jene psychischen Eigentümlichkeiten an, die in ihnen das Organisationssystem, die Jugend, die unverbrauchte Energie und Fähigkeit unbedingten Glaubens erzeugt haben. Daraus erklärt sich das Tempo und die Kühnheit der erfolgten Aenderungen. Das alles wäre undenkbar bei Menschen, die durch ein anderes Erziehungssystem gegangen wären oder denen ihr Alter das Gefühl für die Realität aller Dinge dieser Welt eingeimpft und die Fähigkeit zu glauben genommen hätte."

Kleine Anzeigen

Überschriftswort (fett)	20	Groschen
jedes weitere Wort	12	"
Stellengesuche pro Wort	10	"
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen	50	"

Eine Anzeige höchstens 50 Worte. Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags. Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Złoty beträgt und alle anderen Gerüchte, daß der Schaden nahezu eine Million erreiche und geliehene Summen von 200 000 Zł. der Firma Bracia Rubinsztejn-Kalisch, 100 000 Zł. der fallierten „Huta Szklana"-Inowrocław, weitere 100 000 Zł. der ebenfalls fallierten Firma „Blawat"-Inowrocław ohne Deckung seien, falsch sind. Der Stand der Bank ist nach wie vor gut, so daß niemand sich durch die falschen Gerüchte auswärtiger Zeitungen beunruhigt zu fühlen braucht.

z. **Kondukteur verkauft weggeworfene Fahrkarten.** Der Kondukteur Kazimierz Zagorski von hier, der nahezu zehn Jahre im Dienste der hiesigen Elektrischen Straßenbahn steht, hat seit langer Zeit weggeworfene Fahrscheine gesammelt und als neue an die Fahrgäste verkauft und das Geld in die eigene Tasche gesteckt, bis er eines Tages dabei ertappt wurde. Der ungetreue Beamte wurde sofort aus dem Dienst entlassen und die Angelegenheit dem Gericht übergeben.

z. **Kirchliches.** Die Vikariatszeit des hier seit dem 1. Mai d. Js. für fünf Monate im kirchlichen Gemeindedienst stehenden Vikars Kand. theol. Gerhard Tietze ist bis auf weiteres verlängert worden, und zwar für die kirchliche Versorgung der Gemeinde Kruschwitz. Am 15. d. Mts. tritt Vikar Tietze seinen neuen Posten an. Der bis dahin in Kruschwitz stationiert gewesene Pfarrvikar Diestelkamp ist zum 1. Oktober in den Kirchenkreis Mogilno versetzt worden, und zwar nach Jastrzębowo (Rosenau) bei Tremessen, da dort ab 1. Oktober in vier Pfarrstellen: Jastrzębowo, Jozefowo, Orchowo und Schidlowitz, kein eigener Pfarrer mehr ist. Die beiden dort amtierenden Pfarrer Schmidt-Jozefowo und Gramse-Orchowo sind ihres hohen Alters wegen in den Ruhestand getreten.

z. **Vom Dache gestürzt.** In Gniewkowo hiesigen Kreises stürzte der 12 Jahre alte Schüler Walenty Więckowski, der auf das Dach eines einstöckigen Hauses geklettert war, so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er sich schwere innere Verletzungen zuzog.

Mogilno

ü. **Vertilgung von Ratten und Mäusen.** Für das Gebiet der hiesigen Stadt ist die Vertilgung von Ratten und Mäusen angeordnet worden. Als Gift soll „Ratol C" aus der Chemischen Fabrik in Bromberg am 11. d. Mts. ausgelegt und drei Tage lang liegen gelassen werden. Dieser Verordnung unterliegen sämtliche öffentlichen und privaten Grundstücke. Nichtbefolgung dieser Verordnung wird mit Geldstrafe bis zu 60 Zł. oder entsprechender Haftstrafe geahndet.

ü. **Schweineseuche erloschen.** Der Kreistierarzt Lamowski gibt bekannt, daß die Schweineseuche auf dem Gute Szczeglin erloschen ist und alle Vorsichtsmaßnahmen aufgehoben sind.

Filmschau

King-Kong

Ein überdimensionaler Film im Kino Apollo

Die Wintersaison in der Posener Filmkunst eröffnete gestern das Kino „Apollo" mit einem in jeder Hinsicht außerordentlichen Filmwerk. „King-Kong" ist ein echt amerikanisches Erzeugnis, das, wo es bisher aufgeführt wurde, ungeheures Aufsehen erregte.

Ein New Yorker Filmregisseur, dem, wie es sich für einen Amerikaner gehört, auch in seinem Beruf die Sensation über alles geht, rüstet ein Schiff aus, um eine geheimnisvolle Insel aufzusuchen, auf der sich noch eine Tier- und Pflanzenwelt aus vorhistorischer Zeit erhalten haben soll. Seine Entdeckungen übertreffen denn auch alle Erwartungen. Man begegnet den abscheulichsten Dinosauriern von einigen 40 Metern Länge, denen nur mit Gasbomben beizukommen ist. Der größte Teil der Besatzung hat schon von der ersten Begegnung genug. Aber der aufnahmegierige Regisseur und vor allem der Raub der aus New York mitgenommenen Filmschauspielerin durch ein einige 20 Meter hohes Affenuntier, zwingen die Männer der Besatzung, sich in das Innere des Landes zu begeben, um dort die schrecklichsten Abenteuer zu bestehen. Schließlich gelingt es wieder mit Gasgranaten den Affen zu betäuben, zu fesseln und nach New York zu bringen. Dort führt man ihm dem besten Publikum der Stadt vor. Als einige Zeitungsreporter Aufnahmen machen wollen und das Blitzlicht aufflammt, wird das Untier wild, sprengt die Ketten und richtet nun im Haus und auf der Straße die schrecklichsten Verwüstungen und Schäden an. Es gelingt ihm wieder, die bewußte Filmschauspielerin zu rauben und mit ihr in seiner Hand den höchsten Wolkenkratzer zu besteigen, wobei die Balkons als Sprossen benutzt werden. Aus dieser luftigen Höhe sieht es mit seinem zappelnden Menschenspielzeug auf die ratlose Stadt herab. Aber die New Yorker Polizei weiß sich zu helfen. Vier Kampfflugzeuge steigen auf und erlegen das Untier nicht ohne eigene Verluste nach wechselvollem Kampf. Sein Opfer kann natürlich noch zur rechten Zeit von dem Manne ihres Herzens gerettet werden. Das Untier stürzt hinab in die Straßenschlucht.

Das ganze klingt phantastisch und unglaubwürdig. Das Außerordentliche an diesem Film ist aber, daß das Phantastische glaubwürdig gemacht wird. Amerikanische Technik hat hier die Gesetze der Wirklichkeit überwunden. Edgar Wallace könnte ob dieses Filmwerks blaß vor Neid werden, wenn die Fabel zu ihm nicht von ihm stammte. Unbeschreiblich, wie diese Untiere sich zu bewegen und schaurigste Laute von sich zu geben wissen. Unausdenkbar für unser Laienhirn, wie die Amerikaner das gemacht haben. Wie geschickt, läßt sich nicht beschreiben. Davon muß man sich schon selbst überzeugen.

Der Direktion des Kino „Apollo" ist zu diesem Premierenfilm zu gratulieren. Der Zustrom des Publikums für lange Zeit ist ihr gewiß.

cjh.

Großer Scheunenbrand

Vermutlich Brandstiftung aus Rache

t. **Schroda,** 11. Oktober. In den gestrigen Abendstunden wurde in unseren Straßen plötzlich Feueralarm geblasen. Bald darauf konnte man schon einen mächtigen Feuerschein in der Richtung Romanowo—Babin sehen. Die sofort ausfahrende Schrodaer Feuerwehr, die als erste an der Brandstelle erschien, fand die ungefähr 100 Meter lange Scheune des Gutes Bagrowo in ihrer ganzen Länge lichterloh brennend vor. **Die Flammen erreichten eine Höhe von ungefähr zwanzig Metern.** Die Scheune war mit Ernteerträgen dieses Jahres, darunter großen Posten von Erbsen und Weizen, gefüllt. Gemeinsam mit der inzwischen erschienenen Feuerwehr von Herrenhofen (jetzt Dominowo) mußte **man sich darauf** beschränken, den Brand zu **lokalisieren.** Die Löscharbeiten gestalteten sich jedoch sehr schwierig, da das **Wasser aus einer Entfernung von 400 Metern herangepumpt** werden mußte. Ein in der Nähe stehender Schuppen sowie ein Stall konnten trotzdem von dem Feuer verschont werden. **Der entstandene Schaden,** der durch Versicherung gedeckt ist, beträgt ungefähr **60 000 Zł.** — Die Gründe dieses Brandes sind bisher einwandsfrei noch nicht ermittelt. **Es wird Brandstiftung vermutet,** und zwar als **Racheakt** von Arbeitern, deren Entlassung **bevorstand.**

ü. **Unterschlagungen aufgedeckt.** In diesen Tagen wurden eine ganze Reihe von Unterschlagungen aufgedeckt, die sich der staatliche Förster Pierzchała in Szczepanowo hat zuschulden kommen lassen und die bis auf das Jahr 1931 zurückreichen und die Summe von 12 000 Zł. betragen.

ü. **Kirchengemeinde verwaist.** Pfarrer Paul Schmidt, der in der evangelischen Kirchengemeinde Józefowo hiesigen Kreises 41 Jahre amtierte, ist mit dem 1. d. Mts. in den Ruhestand getreten und wird nach Deutschland übersiedeln.

Strelno

ü. **Stadtverordnetenversammlung.** In der hier am Montag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurden die vom Stadtverordneten Radomski über die Abrechnung des Haushaltsjahres 1932/33 erstatteten Berichte zur Kenntnis genommen und dem Magistrat Entlastung erteilt. In bezug auf die Höhe der im Rechnungsjahr 1933/34 zu erhebenden Kommunalzuschläge zu den einzelnen staatlichen Steuern hält die Stadtverordnetenversammlung ihren Beschluß vom 8. September d. Js. aufrecht. Um die Unkosten zu decken, die durch den Umbau des ehemaligen Mittelschulgebäudes zum Gerichtsgebäude entstanden sind und noch entstehen, zu decken, soll das Stadtgebäude an der ul. Raj verkauft werden. Was die Forderungen von Unkosten an den ehemaligen Stadtkassenrendanten Bamber anbetrifft, wurde beschlossen, alle weiteren Untersuchungen und Schritte einzustellen, da B. nichts besitzt. Zwecks Regulierung des Feldweges Strelno—Bronisław, der unbedingt einer Verbreiterung bedarf, erklärte sich die Stadtverordnetenversammlung damit einverstanden, das erforderliche Land von den angrenzenden Grundbesitzern für 400 Zł. pro Morgen abzukaufen.

ü. **Ehemann schießt auf seine untreu gewordene Frau und deren Verehrer.** Der hiesige Pantoffelmacher Franciszek Różycki hatte vor nicht zu langer Zeit geheiratet. Bald nach der Hochzeit sah sich die Ehefrau nach einem Gesellschafter um und fand in dem Jüngling H. Sk. in der ul. św. Ducha einen Verehrer, was aber für R. kein Geheimnis blieb. Er machte daher mehrmals seiner Frau Vorhaltungen. Als nun R. in der vergangenen Woche seine Frau wieder in Begleitung ihres Liebhabers beobachtete, packte ihn die Eifersucht und er nahm seinen Revolver und gab in Richtung der beiden drei Schüsse ab, welche aber fehlten. Als die Polizei von diesem Vorfall erfuhr, wurde ihm die Waffe abgenommen, und ein Protokoll aufgenommen.

ü. **Typhus und Scharlach treten auf.** Immer wieder treten in unserer Gegend Typhus- und Scharlachfälle auf. So erkrankten der Lehrling Prus, welcher in der Drogerie Stęczewski beschäftigt ist, sowie das Dienstmädchen Ella Schröder in Ciechrz an Typhus. Beide wurden ins hiesige Kreiskrankenhaus überführt. Im Dorfe Rzeszynek wurde ärztlich Scharlach festgestellt.

ü. **Kanalisation und Skelettfunde.** Am Montag hat der hiesige Magistrat mit der Kanalisation des Piłsudski-Platzes begonnen, welche einige Zeit in Anspruch nehmen wird, und wobei wieder eine größere Anzahl von Arbeitslosen Beschäftigung findet. Bei den Erdarbeiten wurden in Höhe der Krankenkasse zwei Menschenskelette ausgegraben. Die einzelnen Knochen sind noch gut erhalten. Man schließt aus diesen Funden, daß hier wahrscheinlich einst ein Friedhof gewesen ist.

Czarnikau

üg. **Geheimnisvoller Tod auf den Schienen.** Am 10. d. Mts. wurde morgens auf der Bahnstrecke zwischen Krutsch und Gulcz eine männliche Leiche gefunden. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um den 17jährigen Arbeiter Ratajczak aus Gulcz. Die Leiche lag zwischen den Schienen und hatte am Kopfe Verletzungen, sonst keine Beschädigung. Heute wird die Leiche seziert werden, um festzustellen, ob R. einem Unglücksfall oder Morde zum Opfer gefallen ist.

üg. **Wieder verhaftet.** In diesen Tagen ist der ehemalige Leiter des hiesigen Katasteramtes, Julius Paczyński in Wongrowitz, wieder verhaftet worden. Vor einigen Monaten war P. bekanntlich schon einmal unter dem Verdachte, im Amte Verfehlungen in Höhe von zehntausend Złoty begangen zu haben, verhaftet worden, wurde aber bald darauf auf freien Fuß gesetzt; um so mehr hat die erneute Verhaftung begreifliches Aufsehen erregt.

üg. **Gestörte Einbrecher.** Bei dem Landwirt Juhnke in Jablonowo versuchten nachts Diebe einzubrechen. Als sie eine Fensterscheibe herausgeschnitten hatten, wurde J. aufmerksam und verjagte die unangenehmen Gäste mit dem Jagdgewehr. — Mehr Glück hatten die Einbrecher bei der Witwe Schoenfeld in Romanshof. Hier gelang es ihnen, unbemerkt in die Wohnung einzubrechen, während die Bewohner im Kuhstall beschäftigt waren. Anzüge, Mäntel, verschiedene andere Sachen und Geld fiel den Dieben in die Hände. Sie entkamen spurlos.

c. **Der Pferde-, Vieh- und Krammarkt** am 10. Oktober war stark besucht. Der Pferdemarkt war schwach beschickt, minderwertiges Material wurde mit 50 bis 100 Złoty gehandelt, bessere Pferde brachten bis 250 Zł., wirklich gutes Material war wenig vorhanden. Auf dem Rindviehmarkt war starker Auftrieb, und es wurde auch reichlich umgesetzt. Färsen und leichte Kühe brachten 120 bis 180 Zł., besseres Milchvieh bis 250 Zł. Ferkel wurden das Paar mit 15 bis 25 Zł. verkauft. Der Krammarkt war von sehr vielen auswärtigen Händlern besetzt und auch stark von Käufern besucht.

Briefkasten der Schriftleitung

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 11 bis 12 Uhr.

(Alle Anfragen sind zu richten an die Briefkasten-Schriftleitung des „Posener Tageblattes". Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

G. K. in Ob. Auf Grund des Artikels 70 des polnischen Jagdgesetzes vom 3. 12. 1927 ist jeder Grundstückseigentümer berechtigt, seine Felder vor Wildschaden zu schützen. Die dabei angewandten Sicherheitsmaßnahmen dürfen jedoch nicht dazu dienen, das Wild zu fangen. Deshalb können Sie nicht verlangen, daß der Besitzer seinen Zaun, der den Einlauf des Wildes verhindert, beseitigt.

Nr. 100. Aus dem Vertrage geht hervor, daß der Gläubiger bis zum 1. 1. 1933 zur Sicherung des Darlehns die Eintragung einer Hypothek verlangen konnte. Danach kann der Gläubiger das heute nicht mehr verlangen. Deshalb ist die Anleihe als einfaches Darlehn zu behandeln, und die Vorschriften über die Senkung des Zinsfußes des Gesetzes vom 29. 3. 1933 (das für Hypotheken gilt) findet keine Anwendung. Der Zinsfuß ist aber durch das Gesetz im Höchstmaß für einfache Darlehen begrenzt. Die Eintragung einer Hypothek zur Sicherung der Forderung auf Grund des Vertrages kann der Gläubiger nicht gerichtlich erwirken, und von dieser Seite ist nichts zu befürchten.

J. M. in B. Der dingliche Anspruch der hypothekarisch gesicherten 5000 Mark Kindergelder aus dem 1. Halbjahr 1915 wird auf 18¾ Prozent aufgewertet. Das wären, falls die Kindergelder zinslos eingetragen sind, 1041,67 Złoty, bei einem Zinssatz von 5 Prozent 1302,08 Złoty, falls die Zinsen nicht bezahlt worden und auch nicht verjährt sind (zum Beispiel wenn der Gläubiger Reichsdeutscher ist).

J. M. in B. Vom Augenblick der Pfändung an darf der Eigentümer, dessen Grundstück der Zwangsversteigerung unterliegt, nicht mehr Zubehörstücke des gepfändeten Grundstücks veräußern oder verschenken, es sei denn, daß die Veräußerung im Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung des Grundstücks erforderlich ist. Zubehörstücke bei einem Landgute sind das zum Wirtschaftsbetriebe bestimmte Gerät und Vieh, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit sie zur Fortführung der Wirtschaft bis zu der Zeit erforderlich sind, zu welcher Gleiche aber ähnliche Erzeugnisse voraussichtlich gewonnen werden, sowie der vorhandene, auf dem Gute gewonnene Dünger.

„Hedwig 100". Den Umstand, daß der Gläubiger das Geld 1920 unter Vorbehalt angenommen hat, muß dieser beweisen. Gelingt ihm das, so müssen Sie das Kapital nebst Zinsen nochmals auszahlen. Der aufgewertete Betrag der Hypothek beträgt 836,66 Zł., der des Darlehns 154,94 Zł. Davon betragen die bis zum 31. 12. 1933 rückständigen Zinsen für die Hypothek 476,90 Zł., für das Darlehn 88,30 Zł. Davon können Sie sich die 5000 im Jahre 1920 abgezahlten Mark, die auf 200 Zł. aufzuwerten sind, und 6 Prozent Zinsen für die Zeit abrechnen. Sie können von dem Gläubiger, falls dieser das Geld nicht unter Vorbehalt angenommen hat, die Ausstellung einer löschungsfähigen gen Quittung verlangen und darauf die Hypothek löschen lassen. Zahlen sie ihm nicht, denn dadurch erkennen Sie dessen Standpunkt an.

M. 100. Ihre Frage ist nicht ganz klar. Wenn Ihr Großvater, ohne ein Testament zu hinterlassen, im Jahre 1920 gestorben ist und Ihre Mutter zu dieser Zeit bereits tot war, so treten Sie, falls Sie Geschwister haben, mit diesen zusammen zu gleichen Teilen an die Stelle Ihrer Mutter. Die Kinder erben jeweils zu gleichen Teilen. Ist auf Antrag Ihres Onkels vom Gericht ein Erbschein herausgegeben worden, in dem Sie übergangen worden sind, so können Sie dessen Einziehung bei Gericht beantragen. Von Ihrem Onkel können Sie die Herausgabe des Ihnen zugefallenen Erbteils verlangen. Hat er nicht mehr das Erbe oder einzelne Stücke desselben im Besitz, so können Sie Herausgabe dessen verlangen, durch das er augenblicklich noch bereichert ist. Wußte Ihr Onkel zur Zeit der Erteilung des Erbscheins, daß Sie noch als Erbe neben ihm vorhanden sind, so können Sie die Herausgabe des gesamten Erbteils oder dessen Wertersatz von diesem verlangen ohne Rücksicht darauf, ob Ihr Onkel noch augenblicklich bereichert ist.

Sportmeldungen

„Schwarze Maske" taucht wieder auf

Als erstes Paar kämpften Bielewicz gegen Gromow. Der sibirische Koloß besiegte seinen Gegner nach 24 Minuten durch Untergriff nach vorherigem Doppelnelson. Während einer Pause zeigte sich im Ring eine „schwarze Maske", welche augenblicklich einen Gegner forderte, jedoch vom Ringrichter abgewiesen wurde. Im zweiten Treffen siegte der „Unbekannte" nach scharfem und technisch gut geführtem Kampfe in der zweiten Runde über Wieloch. Weiter kämpften Baron v. Sydow-Blumberg gegen Leskinowitsch drei Runden unentschieden. Den

Höhepunkt des Abends

bildete eine Schlägerei zwischen dem schlesischen Riesen Grabowski und dem polnischen Meister Sztekker. Grabowski erntete den reichsten „Beifall" durch die dauernden unerlaubten Schläge, die er austeilte, wurde jedoch in der 38. Minute von Sztekker durch Roulade aus dem Doppelnelson gelegt. Im letzten Kampf wurde Köhler von Neumann nach kaum 4 Minuten durch Untergriff gelegt, nachdem er ihn zuvor in der Krawatte mürbe gemacht hatte.

Heute kämpfen folgende Paare: Bielewicz gegen „Unbekannten", Gromow—Koehler (Entscheidung), v. Sydow-Blumberg gegen Raago, Grabowski—Leskinowitsch (Entscheidung), Sztekker—Neumann (Entscheidung).

Höchste Saisonquote in Ławica

Gigolo bringt 52fachen Einsatz

Der heutige Renntag war gut besucht, brachte auch genügend besetzte Felder bei recht schönem Sport. Eine Sensation war das dritte Rennen. Der Gewinner „Gigolo", im Besitz eines Kattowitzer Fleischermeisters, brachte am Totalisator 258,50 für 5 Złoty, für Ławica eine Rekordquote; der Favorit „Etoile II" war am Start stehen geblieben, so daß die Einsätze zurückgezahlt wurden. „Haschisch" und „Bira" waren auch recht viel gesetzt, daher das riesige Resultat, das wohl nur wenig Sterblichen beschieden war. Die Abfertigung am Start erfolgte gestern schneller, wenn auch der letzte Start ganz miserabel war.

Hindernisrennen über 3600 Meter. Preise 900, 270, 90 Złoty. 1. W. Bobińskis „Intrygant" (71 Kg.), Wojtkowiak. 2. Stall Podhalankas „Danuta II" (72 Kg.), Kapit. Bylczyński; ferner liefen „Zagończyk", „Imbros", „Jurgis". „Zagończyk" führt bis zum Berg, wo „Intrygant" bis zum Ziel die Spitze nimmt. „Danuta II" hatte sich zu extrem aus dem Rennen gelegt (30 Längen) und konnte in der Geraden nur bis auf 3 Längen auflaufen. Tot.: 9,50 : 5, Pl.: 5,50, 5,50.

Flachrennen über 850 Meter. Preise 700, 210, 70 Złoty. 1. Graf Mielżyńskis „Amor II" (56 Kg.), Konieczny. 2. desselben „Moment II" (56 Kg.), Wachowiak; ferner lief „Stamina". Das Mielżyńskische Paar ist vorn; „Moment II" läßt „Amor II" mit 4 Längen den Vortritt, „Stamina" 20 Längen zurück. Tot.: 5 : 5.

Flachrennen über 1800 Meter. Preise: 900, 270, 90 Złoty. 1. T. Seidels „Gigolo" (57 Kg.), Kawalec; 2. Graf Mielżyńskis „Bira" (57 Kg.), Wachowiak; ferner liefen „Haschisch", „Ariela", „Fathma" und „Etoile II" (stehen geblieben). „Bira" ist am Start sehr nervös, nach Fall der Flagge führt „Haschisch" vor „Bira", im Einlauf fällt „Haschisch" ab; vor der Tribüne wird „Gigolo" vorgeworfen und fängt die müde „Bira" mit 1 Länge ab. Tot.: 258,50 : 5, Pl.: 16, 7.

Hürdenrennen über 2800 Meter. Preise 900, 270, 90 Złoty. 1. E. Rachwalskis „Gereza" (67 Kg.), Kurowski, 2. T. Seidels „Klinga" (63 Kg.), Kawalec; ferner liefen „Cherie", „Pech", „Ellis", „Soubrette". Nach mehreren Falschstarts führt „Cherie" bis zum Einlauf, wo „Gereza" herankommt und leicht mit 3 Längen gewinnt. „Ellis" und „Soubrette" ritten 50 Längen hinter dem Feld espazieren. Tot.: 15,50 : 5, Pl.: 9,50, 13.

Verkaufs-Flachrennen über 2200 Meter. Preise 800, 240, 80 Złoty. 1. Baron Kronenbergs „Elegja II" (Kg.), Biesiadziński, 2. Graf Korzbok-Łąckis „Laocoon" (56 Kg.), Szymański; ferner liefen „Wigor II" „Ebony" „Jemioła III", „Herod Baba". „Jemioła" führt vor „Wigor" und „Elegja"; letztere nimmt im Einlauf die Spitze, „Laocoon" kann „Wigor" noch verdrängen und bleibt 2 Längen hinter „Elegja II". Tot.: 15,50 : 5, Pl.: 9,50, 13.

Flachrennen über 1800 Meter. Preise 500, 150, 50 Złoty. 1. Graf Korzbok-Łąckis „Cinia" (59 Kg.), Szymański; 2. St. Bończas „Bajan" (61 Kg.), Kończal; ferner liefen „Dorotka" „Principessa", „Piosenka", „Caroline". Nach mehreren Falschstarts führt „Dorotka" vor „Cinia"; „Bajan" war 4 Längen hinter der Front am Start abgegangen. Im Einlauf erscheint zuerst „Cinia" und gewinnt leicht mit 3 Längen gegen „Bajan", 4 Längen zurück „Dorotka" Tot.: 11 : 5, Pl.: 6,50, 7,50.

Sp.

Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz

Deutsche Volkseinheit in Siebenbürgen

Das auf dem Sachsentag beschlossene neue Volksprogramm

Hermannstadt, Anfang Oktober. Der fünfte große „Sachsentag" in Hermannstadt hat ein neues Volksprogramm geschaffen, und damit zugleich den Grund gelegt für ein gemeinsames Volksprogramm aller Deutschen in Rumänien. Damit ist die tiefe Gärung im deutschen Volk in Siebenbürgen auf den Weg einer fruchtbaren Evolution geleitet. Die rumänische Presse hatte auf eine Abspaltung der nationalsozialistischen Selbsthilfebewegung und auf einen folgenden Bruderkampf zwischen den Siebenbürger Sachsen gehofft. Das Gegenteil ist auf dem Sachsentag erreicht worden. Die Wahlen zu den völkischen Körperschaften werden dem Willen des Volkes jede notwendige Geltung verschaffen. So wurde die deutsche Volkseinheit in Siebenbürgen neu geschaffen und besiegelt. Und das neue Volksprogramm hat eine über die Grenzen des sächsischen Siedlungsgebietes weit hinausgreifende Bedeutung.

Das neue Volksprogramm umfaßt in seinen ersten drei Abschnitten die „Grundlagen", die „Forderungen an den Staat" und die „Richtlinien für die völkische Lebensgestaltung". Der Vorspruch schon offenbart den Geist, in dessen Feuer das neue Instrument der deutschen Volkserhaltung und Selbstbehauptung geschmiedet ist:

„Im Namen Gottes, dem Allmächtigen! Wir, das sächsische Volk Siebenbürgens, von dem Willen beseelt, eine vollkommenere Gemeinschaft herbeizuführen und zu festigen und der übernommenen deutschen Sendung auch in Zukunft zu dienen, unsere Ehre und Stärke zu fördern, Friede unter uns walten zu lassen, für Gerechtigkeit zu kämpfen und die Besonderheiten unserer Eigenart uns und unseren Nachkommen zu sichern, haben dieses Volksprogramm beschlossen und uns gegeben."

Soziale Verbindung und Hingabe an das Volkstum, das ist Inhalt und Ziel der „Grundlagen" und der „Richtlinien für die völkische Lebensgestaltung". In den „Grundlagen" heißt es:

Wir bekennen uns zur Einheit aller Deutschen der Welt,

mit denen wir ein einziges großes Volk bilden. In unwandelbarer Verbundenheit mit unserer Heimat stehen wir auf dem Boden des Staates Rumänien, dem wir unsere Kraft und Treue zur Verfügung stellen. Die Gesamtheit aller Deutschen in Rumänien bildet

eine völkische und politische Einheit

mit Rechten und Pflichten nach innen und außen. Die Volksgemeinschaft hat dafür Sorge zu tragen, daß jeder Volksgenosse zu einer völkischen und christlichen Lebensanschauung erzogen werde. Sie hat ihren Angehörigen Lebensraum und ausreichende Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, den sozialen Ausgleich unter ihnen anzustreben und durch Erziehung, Aufklärung und Einwirkung jeder Art die Ueberzeugung zu wecken und lebendig zu erhalten, daß

das deutsche Volk eine gottgegebene Einheit und jeder Volksgenosse unser Bruder gleichen Blutes

ist, für den alle mitverantwortlich sind. — Jeder Sachse hat das Programm einzuhalten und Volksdisziplin zu wahren.

In den „Richtlinien für die völkische Lebensgestaltung" heißt es: Von jedem Volksgenossen wird grundsätzlich außer dem Wortbekenntnis zur Volksgemeinschaft die materielle und lebendige Opferbereitschaft für das Volksganze gefordert. Die mindeste, von jedem Volksgenossen geforderte lebendige Opferbereitschaft findet darin ihren Ausdruck, daß er

einen Teil seiner geistigen und körperlichen Arbeitskraft zur Verfügung der Volksgemeinschaft

hält, um ihr damit im Bedarfsfalle unentgeltlich zu dienen.

„Die Erhaltung und Mehrung unseres Lebensraumes ist eine der Grundpflichten der Volksgemeinschaft. Die bäuerliche Grundlage unseres Volkes als seine natürliche Kraft- und Erneuerungsquelle muß gewahrt, gefestigt und ausgebaut werden. Die Fragen der Volksgesundheit, Hygiene, Rassenhygiene und Volksvermehrung stellen einen bedeutsamen Teil des Arbeitsplanes unserer völkischen Körperschaft dar. Jeder Volksgenosse hat nach

Reinerhaltung und Vertiefung des sächsischen Familienlebens

zu streben und deutsche Wesensart zu pflegen. Höchste Ehre und Berufung der Frau ist das Muttertum.

Die Hebung des sozialen Gemeinsinnes und Schärfung des sozialen Gewissens muß einen Hauptinhalt der volkserzieherischen Arbeit unserer Körperschaft bilden. Besondere Förderung soll der Stand der sächsischen Arbeiter in Stadt und Land erfahren. Unsere Lehr- und Bildungsanstalten sollen auf christlichem Glaubensgrunde zu sozialer Verbundenheit aller Glieder des Volkes und zur Hingabe an das Volkstum erziehen. Ziel unserer Jugenderziehung ist außer der Vermittlung praktischen Könnens und geistigen Wissens, den jungen sächsischen Menschen zu einem ideal und sozial gesinnten Deutschen zu machen.

Der Kampf gegen die Gefährdung der religiösen und sittlichen Grundlagen des Gemeinschaftslebens ist Pflicht der Volksgemeinschaft.

In Ausübung dieser Pflicht hat die Volksgemeinschaft die Kirche unter der Voraussetzung, daß diese sich restlos für unser Volk einsetze und in den völkischen Aufgabenkreis einfüge, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Die Volksgemeinschaft behält sich das Recht der Einflußnahme auf die Wirksamkeit von Kirche und Schule in allgemein-völkischen Angelegenheiten vor.

In den Auseinandersetzungen des innervölkischen Lebens sollen Kampfmittel, wie sie bei politischen Parteien im Ringen um die Macht allenthalben verbreitet sind, so weit sie in einer Irreführung oder Aufhetzung der Wählerschaft bestehen, nicht gebraucht werden. In Erfüllung unserer Sendung ist es unsere besondere Pflicht, auf

Wahrung der nationalen Würde, Gerechtigkeit und Unbestechlichkeit des öffentlichen Urteils

zu dringen. Die deutschen Zeitungen sind als Volkseigentum anzusehen, auch wenn sie rein äußerlich einen Privatbesitz bilden. Die Presse ist durch die Volksführung zu überwachen und nötigenfalls zu verwarnen oder auszusprechen."

In einer Entschließung, die zum Schluß der Tagung angenommen wurde, heißt es: Das sächsische Volk bekenne sich in Treue zum Staat, dessen Grenzen seine Heimat umschlössen, und stelle dem rumänischen Staat seinen ganzen Bürgerfleiß zur Verfügung. Das sächsische Volk sei unwandelbar verbunden mit allen Deutschen des Landes und wolle sich mit ihnen zu einer unerschütterlichen Einheit von Volk und Führer zusammenfinden.

„Als leuchtendes Vorbild steht unser deutsches Mutterland vor uns.

Es soll auch uns Wegweisung sein. Die Not ist schwer, die Auswege verschieden. In einem aber müssen wir einig sein: Zusammenstehen, was immer auch unser Schicksal sei. Alle Angriffe von außen weisen wir entschieden zurück. Wer einen von uns verwundet, der stößt auf die geeinte Abwehr."

In einer Schlußansprache betonte der Sachsenbischof Dr. Glondys, die Siebenbürger Sachsen ständen auf einem leck gewordenen Schiff. Wenn ein Volksschif ein Leck bekommen habe, dann sei es das erste, den Schaden auszubessern. Nicht wer die Offiziere sein sollen und wer am Steuer stehe, sei das wichtigste, sondern das Leck müsse gestopft werden, denn sonst sinke das Schiff. Diese Gefahr drohe den Siebenbürger Sachsen. Es scheine, als ob alles noch dastünde, die Schulen, die Gemeinden, aber der Boden wanke und zerbröckele mit unheimlicher Geschwindigkeit. Der Lebensraum der Sachsen werde immer enger, die Industrie stehe in schwerstem Kampf, Tausende von Familienhaltern seien brotlos, alles kämpfe um die nackte Existenz, und die Verproletarisierung greife tief ins Volk hinein. Jetzt sei es Zeit,

Kraft zu finden zur entscheidenden Tat!

Eine Ehrung Admiral Seebohms

Der Reichsführer des VDA., Dr. Hans Steinacher, überreichte dem früheren geschäftsführenden Vorsitzenden des VDA., Konteradmiral a. D. Hans Seebohm, der 13½ Jahre unter schwierigen Verhältnissen die Geschäfte des Vereins geführt hat, die Silberne Ehrenplakette des VDA. In der Ueberreichungsurkunde wurde zum Ausdruck gebracht, daß Admiral Seebohm durch seine sachliche und hingebungsvolle, von wärmstem Nationalempfinden getragene Arbeit den VDA. zu einem leistungsfähigen und angesehenen Verbande gemacht und mit dazu beigetragen hat, daß der volksdeutsche Gedanke im alten Parteienstaat seine werbende nationale Kraft behalten hat. Es ist Admiral Seebohm gelungen, trotz wirtschaftlicher Erschwernisse den VDA. auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu stellen. So hat das Wirken Admiral Seebohms die heutige machtvolle Aufwärtsentwicklung zum Volksbund mit vorbereitet.

Sowjetchampagner

In Rostow am Don fand eine Konferenz über die Anlegung von Weinplantagen statt. Es wurde das Projekt einer „Sowjetchampagne" ausgearbeitet. Im Donbezirk sollen 300 000 Hektar mit Wein bepflanzt werden, aus dem — Champagner gekeltert werden soll.

Ob er zusammen mit dem Kaviar nach Polen exportiert werden soll? In der Sowjetunion wird er wohl kaum genügend Abnehmer finden.

Enteignete Deutsche in der Südsee

Neu-Guinea von heute

Von **Colin Roß**

Rabaul ist alles andere als ein „Südseetraum". Es ist eine moderne Stadt. Es gibt hier große Geschäfte, in denen man die letzten Pariser Toiletten kaufen kann. Europäische Frauen in den Tropen legen großen Wert auf Toiletten, und sie tragen nur deshalb keine Tropenhelme, die unter dem Aequator die gesündeste und angenehmste Kopfbedeckung sind, weil sie dann auf die wechselnde Hutmode verzichten müßten. Rabaul hat mehr Autos als weiße Einwohner. Es ist zwar kein Klein-Paris, aber so etwas wie ein Klein-New York, wenigstens ein New York in Westentaschenformat. Es gibt hier Eingeborene von den 600 Inseln des Archipels, Melanesier, Polynesier und Mikronesier, braune und schwarze Insulaner, solche mit Wuschelkopf und andere, die sich den Schopf rot oder blond färben. So ein Schwarzer mit riesiger, strohblonder Tolle ist ein sonderbarer Anblick, aber er ist unglaublich stolz auf seinen Kopfschmuck. Dann sind da Chinesen, Australier, Engländer, Amerikaner, und zuletzt, aber nicht die letzten — die Deutschen.

Als ihre Enteignung kam, da war es eigentlich aus mit den Deutschen, sollte es wenigstens sein. Die Wegnahme ihrer Pflanzungen entzog ihnen Boden und Lebensmöglichkeit; denn auf den Pflanzungen beruhte alles. Viele zogen auch weg, enttäuscht, verbittert, aber ein kleiner Rest blieb, harrte aus, [illegible]te und hofft noch immer, kann sich jedenfalls nicht entschließen, die Insel zu verlassen, die ihm zur zweiten Heimat wurde.

Einzelne haben ein gutgehendes Geschäft, Im- und Export, wie man es eben in den Tropen hat. Im Laden kann man alles kaufen, Sauerkraut in Büchsen ebenso wie Kannibalen-Keulen.

Andere führen eine zweifelhafte Existenz, sie säen nicht, sie ernten nicht und leben doch. Manche sind rührende Erscheinungen, wie jenes alte Fräulein, das in seiner Jugendzeit als Stewardeß alle Meere befuhr, um seinem Bruder die Seeoffizierslaufbahn zu ermöglichen. Sie hat ihr gutes Herz bewahrt, denn obwohl sie selbst nicht viel hat, nahm sie die Tochter eines reichen Pflanzers bei sich auf, die dieser zu ihrer Mutter in den Busch zurückschicken wollte. Die Mutter war eine Farbige. Der Vater hatte die Tochter nach Europa mitgenommen und europäisch erziehen lassen. Plötzlich aber wurde er sie leid, oder die Mischlingstochter war ihm unbequem. Er schickte sie zurück, und wer weiß, was aus dem armen Ding geworden wäre, hätte das gute alte Fräulein sich nicht ihrer angenommen.

Viele Deutsche haben auch Pflanzungsinteressen bewahrt und Besitzrechte, wenn auch durch Strohmänner. Wie in Ostafrika erwies sich auch im Bismarck-Archipel die Enteignung der Pflanzer als das Dümmste, was der Sieger machen konnte. Sir Murray hatte schon recht, als er prophezeite, daß durch die Enteignung die Insel ihrer erfahrenen Pflanzer beraubt und ein Strom ungeeigneter Elemente ins Land gezogen würde. Als die Pflanzungen ausgeboten wurden, hielt man das in Australien für eine leere Geste. Infolgedessen meldeten sich keine ernsthaften Reflektanten. Die wenigen aber machten phantastische Gewinne. Ein Melbourner Kaufmann erstand zwei Plantagen für einen lächerlichen Preis, mehr aus Jux. Ohne sie je gesehen, ohne Neuguinea überhaupt betreten zu haben, verkaufte er sie kurz darauf mit einem Gewinn von 4000 Pfund weiter. 4000 Pfund Gewinn, das heißt 80 000 Mark an jeder einzelnen. Hätte er ein Jahr gewartet, er hätte an jeder Pflanzung 20 000 Pfund, also beinahe eine halbe Million Mark, verdient.

Es ist klar, daß daraufhin eine wilde Spekulation einsetzte. Als die zweite und dritte Gruppe der Pflanzungen zum Verkauf kamen, gingen sie reißend ab. Sie wurden bezahlt und überzahlt! Der Kaufpreis basierte auf dem damaligen Koprapreis von 22 Pfund Sterling die Tonne. Als in der Folge die Koprapreise sanken und sanken, gerieten die Käufer in finanzielle Abhängigkeit von den großen Gesellschaften, von Burns & Philp oder Carpenter. Die ungesunden wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen das Mandated Territory leidet, haben in der Enteignung der Deutschen und der daran geknüpften Spekulation ihre erste Wurzel.

Dazu kam freilich die ganze Verwirrung der ersten Besetzungszeit. Australien sollte plötzlich eine große Kolonie übernehmen, für deren Verwaltung es in keiner Weise vorbereitet war, und für die ihm alle Kräfte fehlten. Sir Murray war eine einmalige Erscheinung, außerdem von Papua unabkömmlich. Von seinem ohnehin nur geringen Beamtenstab konnte er kaum geschulte Kräfte abgeben. So nahm man, was sich gerade bot, einen Barbier machte man zum Amtmann, einen Radiotelegraphisten zum Distriktskommissar.

Man war voll vager Ideen, hatte keine Ahnung von der Behandlung primitiver Menschen, wollte zeigen, daß die Deutschen alles falsch gemacht hatten, und machte deshalb alles anders. Da man das deutsche System als unhuman und barbarisch brandmarken wollte, änderte man die Eingeborenenpolitik von Grund auf, mit dem Erfolg, daß Rabaul einen Eingeborenenaufruhr erlebte, wie nie in deutscher Zeit, der nur wie durch ein Wunder nicht zu den katastrophalsten Folgen führte.

Der Administrator des Mandated Territory klagte mir einmal sein Leid. Das Völkerbundsstatut schrieb ihm vor, was er alles für die Eingeborenen tun sollte, gleichzeitig erklärte der Ministerpräsident des Commonwealth, daß Neuguinea keine Zuschüsse beanspruchen dürfe, während Deutschland jährlich zwei Millionen Mark zuschoß. Dazu kam das Unverständnis, das die Arbeiterregierung in Canberra allen Eingeborenenfragen entgegenbrachte. Anschaulich schilderte mir der Administrator seinen fassungslosen Schrecken, als ein australisches Parlamentsmitglied, das aus offiziellem Anlaß Rabaul besuchte, gleich am Kai unmittelbar nach der Landung eine Agitationsrede an die Schwarzen hielt, die das Schiff ausluden, in der er sie über die Lohnverhältnisse in Australien aufklärte und sie für Idioten und Verräter am internationalen Proletariat erklärte, wenn sie weiter für einen Schilling Tagelohn arbeiteten. „Glücklicherweise," schloß der Administrator seine Erzählung, „verstand ihn keiner der Eingeborenen."

Ich aber verstand die Bestimmung, warum heute niemand, auch kein Beamter, der auf Urlaub war, das Mandated Territory betreten darf, ohne ausdrückliche persönliche Erlaubnis des Administrators.

Immerhin erfaßten die Eingeborenen so viel, daß das alte strenge, aber gerechte System nicht mehr galt. Als Prototyp dieses Systems pflegten die Engländer und Australier mit Vorliebe den Bezirksamtmann Boluminski von Kavieng auf Neu-Mecklenburg hinzustellen. Boluminski ließ die wunderbare, 150 Kilometer lange Straße durch seine Insel bauen, kostenlos. Jede Dorfgemeinde hatte den Teil der Straße zu bauen und zu erhalten, der durch ihr Gebiet führte. Man erzählt von Boluminski, daß er die Eingeborenen seine Pferde ausspannen und sich samt Wagen tragen ließ, wenn die Straße nicht in Ordnung, ja, wenn sie nur schlecht gefegt war. Das mag Legende sein. Jedenfalls hatte der gestrenge Bezirkshauptmann es verstanden, in wenigen Jahren blühendes Plantagenland aus einer Wildnis zu machen, in der bei der Landung noch kein Weißer seines Lebens sicher war. Selbstverständlich fürchteten die Eingeborenen ihn. Aber ebenso liebten sie ihn auch. Sie nannten ihn „He man sabe", das heißt den „Mann, der weiß, was er will". Der Administrator sprach jedenfalls mit der höchsten Anerkennung von ihm, und in seine Bewunderung mischte sich ein leiser Ton von Bedauern, daß unter dem System des Völkerbundmandates für Naturen wie „Bolo" kein Raum mehr sei.

Dieses Völkerbundmandat ist in der Theorie eitel Harmonie. Es spricht von der „heiligen Verpflichtung der zivilisierten Völker", die Wohlfahrt der Eingeborenen zum ersten und ausschließlichen Leitstern aller Kolonialpolitik zu machen. Diese heilige Verpflichtung faßten die Eingeborenen von Rabaul so auf, daß die Weißen ihnen mindestens ein englisches Pfund Lohn zahlen müßten. Um dieser Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen, verließen sie eines schönen Nachts samt und sonders Rabaul. Sämtliche schwarzen Arbeiter, Boys und Angestellten, alles, was in weißen Diensten stand, einschließlich sämtlicher schwarzer Polizisten, verließen heimlich die Hauptstadt. Man kann sich den Schreck der weißen Bevölkerung vorstellen, als sie aufwachte. Die Verschwörer hatten so dicht gehalten, daß kein Weißer eine Ahnung gehabt hatte. Das Schlimmste war, daß die schwarze Polizei gemeinsame Sache mit den Streikenden machte. Ja, es stellte sich später heraus, daß sie eigentlich die Seele des Aufruhrs war und die Zögernden gezwungen hatte, sich anzuschließen.

Durch Verhandlungen und Versprechungen gelang es schließlich, die Streikenden und Meuterer wieder dazu zu bewegen, nach Rabaul zurückzukehren und ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Völlige Straflosigkeit war ihnen zugesichert worden, und auch den Europäern wurde streng verboten, ihre entlaufenen Hausboys zu bestrafen. „Ich habe aber trotzdem meine Boys nach ihrer Rückkehr sich über die Kiste da legen lassen und ihnen 25 aufgezählt, und sie haben das auch durchaus in der Ordnung gefunden," schloß der Pflanzer, der mir das erzählte, seinen Bericht von der „Mutiny von Rabaul".

(Mit besonderer Genehmigung des Verlages F. A. Brockhaus, Leipzig, dem soeben erschienenen Buch „Haha Whenua — das Land, das ich gesucht" von Colin Roß entnommen.)

Der Rahmen der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen

Ueber die am Montag abend in Warschau aufgenommenen neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, die polnischerseits von den Ministerialdirektoren Sokołowski vom Industrie- und Handelsministerium sowie Adamkiewicz und Roman vom Aussenministerium geführt werden, ist bisher keine amtliche Verlautbarung erfolgt, doch lassen die Mitteilungen über die Genfer Besprechungen zwischen deutschen und polnischen Staatsmännern und Wirtschaftssachverständigen sowie Veröffentlichungen der polnischen Presse wenigstens den ungefähren Rahmen dieser Verhandlungen erkennen.

Dass die Initiative zu diesen Verhandlungen von deutscher Seite ausgegangen ist, wird von polnischer Seite ohne weiteres zugegeben. Fest steht weiter, dass Deutschland der polnischen Regierung den Vorschlag gemacht hat, die im Laufe des deutsch-polnischen Zoll- und Handelskrieges beiderseits ergriffenen Kampfmassnahmen allmählich abzubauen und über die Möglichkeiten nicht nur der Aufrechterhaltung, sondern auch der etwaigen Erweiterung des gegenwärtigen Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern zu verhandeln. Die polnische Regierung hat sowohl in Genf durch ihren Aussenminister wie auch in Warschau durch eine halbamtliche Nachrichtenagentur erklären lassen, dass sie die deutsche Initiative günstig aufnehme. So irrt ohne Zweifel der Handelsredakteur der offiziösen „Gazeta Polska", der seinen Lesern, wie hier schon berichtet wurde, am Dienstag morgen versichern zu können glaubte, die deutsche Initiative in dieser Sache sei auf die Befürchtung Deutschlands zurückzuführen, das Inkrafttreten des neuen polnischen Zolltarifs am 11. 10. werde die deutsche Ausfuhr nach Polen in hohem Grade bedrohen. Es ist keineswegs so, dass Polen durch seinen neuen Tarif gewissermassen Deutschland zu Unterhandlungen gezwungen hätte: denn das neue Gesetz zum Schutze der deutschen Ausfuhr gibt Deutschland die Möglichkeit, im Falle einer Drosselung seiner Ausfuhr nach Polen unverzüglich die polnische Ausfuhr nach Deutschland im gleichen Umfange einzuschränken. Deutschland hat daher dem neuen polnischen Zolltarif in aller Ruhe entgegensehen können.

Sein Vorschlag geht auch weit über die blosse Aufrechterhaltung des status quo hinaus,

denn durch den Abbau der beiderseitigen Kampfmassnahmen sollen dem deutsch-polnischen Handelsverkehr wieder Wege und Möglichkeiten eröffnet werden, die ihm seit neun Jahren verschlossen waren.

Es ist auch völlig falsch, wenn andere polnische Blätter meinen, der nicht ratifizierte deutsch-polnische Handelsvertrag von 1929 müsse den Ausgangspunkt der Unterhandlungen bilden. Das ist unmöglich, denn Polen kann ebensowenig seine Meistbegünstigung wiederherstellen, wie sie 1929 beschaffen war, noch kann Deutschland über die Polen für seine damalige Meistbegünstigung damals zugestandenen Kohlen- und Schweinekontingente heute unterhandeln. Es ist auch, wenn wir richtig unterrichtet sind, weder von polnischer noch von deutscher Seite jetzt irgendwie auf diesen erledigten Vertrag Bezug genommen worden. Der Gegenstand der Verhandlungen ist völlig klar, sobald man sich vergegenwärtigt, welches die Kampfmassnahmen sind, die beide Länder gegeneinander ergriffen haben und deren Beseitigung jetzt angestrebt wird: Auf deutscher Seite setzte man den bekannten „Obertarif" in Kraft, in dessen Zollsätze die früheren antipolnischen Einfuhrverbote und anderen Kampfmassnahmen Deutschlands sämtlich eingebaut worden sind.

Auf polnischer Seite teilen sich die antideutschen Kampfmassnahmen in drei Komplexe:

die eigentlichen antideutschen Einfuhrverbote von 1924/25, der Ausschluss Deutschlands von der Gewährung der sogenannten „autonomen Zollnachlässe" für Auslandswaren und die Ausschaltung des deutschen Zwischenhandels und der deutschen Schiffahrt aus dem Handelsverkehr von und nach Polen.

Hebt nun Deutschland seinen Obertarif Polen gegenüber auf, so sind damit sämtliche deutschen Kampfmassnahmen gegen Polen aufgehoben. Die Verhandlungen aber müssen sich notwendig durch die Tatsache komplizieren, dass auf polnischer Seite nicht die einfache Aufhebung der erwähnten polnischen Kampfmassnahmen genügen kann. Denn in vielen Fällen bestehen generelle polnische Einfuhrverbote, in den letzten Jahren erlassen, für Waren, deren Einfuhr ursprünglich nur aus Deutschland verboten worden ist, während Deutschland überhaupt keine Einfuhrverbote hat. Polen müsste also einen deutschen Verzicht auf den gesamten Obertarif auch durch eine Reihe von Einfuhrkontingenten kompensieren, deren Wert der deutschen Leistung zu entsprechen hätte, und die, da die Einfuhr zu den Zollsätzen des neuen, am Mittwoch, dem 11. 10. in Kraft tretenden neuen polnischen Zolltarifs unmöglich sein würde, zugleich in dieser oder jener Form (durch die Gewährung von speziellen ermässigten Zöllen nach dem Muster des polnisch-russischen Kontingentabkommens oder durch Gewährung der „autonomen Zollnachlässe") auch Zollkontingente zu sein hätten.

Dass diese Gedankengänge in den in Gang befindlichen Verhandlungen eine Rolle spielen, darauf deutet schon die Tatsache hin, dass nach einer amtlichen polnischen Verlautbarung beide Abordnungen einen gemeinsamen Unterausschuss für die Kontingentsfragen gebildet haben. Der Ausgang der Verhandlungen ist selbstverständlich noch nicht abzusehen, die Atmosphäre, in der sie stattfinden, ist aber jedenfalls bisher einem positiven Ausgang günstig.

Die Verhandlungen in Berlin

Inzwischen haben auch in Berlin die deutsch-polnischen Verhandlungen über verschiedene, die Roggenausfuhr betreffende Fragen unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Moritz vom Reichsernährungsministerium begonnen. Die Verhandlungen gelten vor allem der Frage, ob sich nicht die Preisunterbietungen ausschalten lassen, die sich bei der Roggenausfuhr schädlich bemerkbar machen.

Nachtragskredite für Exportförderung

Drei Regierungsentwürfe, die dem Sejm vorgelegt werden sollen

Im Sejm sind drei Regierungsentwürfe über Nachtragskredite für das Jahr 1933/34 eingebracht worden. Der erste dieser Entwürfe betrifft die Erhöhung des Kredits für die Unterstützung des Exports von Zuchtartikeln um 7 721 000 zł. Diese Krediterhöhung fällt zusammen mit der Aenderung des Exportförderungssystems. Das bisherige System stützte sich auf Prämien für die ausgeführte Einzelware; das neue System beruht auf einer begrenzten Prämiierung des Exports in den Fällen, in denen die Exporteure tatsächlich Verluste davontragen. Dabei muss die Ware in ihrer Qualität den festgesetzten Ausfuhranforderungen entsprechen. Der Erhöhung dieser Kredite steht eine Streichung der Ausgaben für Zollrückerstattungen gegenüber. Der zweite Entwurf betrifft eine Verringerung der veranschlagten Einkünfte des Staatlichen Wegebaufonds um 6 Millionen zł. Die Notwendigkeit einer Reduktion der Fondsveranlagungen ergab sich aus der bisherigen Budgetführung dieses Fonds. Von der genannten Summe von 6 Millionen entfällt eine Million auf die Gebühren von mechanischen Fahrzeugen, eine weitere Million auf die Gebühren für Sitzplätze in Autobussen und 4 Millionen auf die Gebühren von Antriebsstoffen. Der dritte Entwurf sieht eine Erhöhung der veranschlagten Ausgaben aus dem Titel der Kosten der Veranlagung und Erhebung bei den Grundstücks-, Lokal- und Bauplatzsteuern vor.

Nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs

Deutschland besonders betroffen

Der neue polnische Zolltarif ist am 11. 10. 1933 in Kraft getreten. Die höheren Zollsätze seiner ersten Spalte finden Anwendung auf Waren aus Ländern, die keine Handelsverträge mit Polen haben. Unter den europäischen Ländern finden sie Anwendung auf Waren aus Deutschland, der Sowjet-Union, Albanien, Irland, Litauen und der Türkei. Da die Sowjet-Union in ihrem Kontingentsvertrag und dem Sowpoltorg-Abkommen bedeutende ermässigte Zollsätze für ihre Gesamteinfuhr nach Polen zwar nicht allgemein, doch aber im einzelnen zugestanden worden sind, hat das Inkrafttreten des neuen Tarifs für die Sowjet-Union praktisch keine Bedeutung, und von den Ländern, die einen Handelsverkehr mit Polen haben, wird allein Deutschland von den Sätzen des Maximaltarifs getroffen.

Von den bisherigen Tarifverträgen Polens ist mit dem 10. 10. allein der Vertrag mit der Tschechoslowakei abgelaufen, der allerdings 65 Prozent der bisherigen Zollzugeständnisse Polens umfasst. Ferner ist das neue Zollabkommen mit Belgien in Kraft getreten. Alle übrigen Tarifverträge Polens bleiben dagegen weiter in Kraft. Dies trifft zu für Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Lettland, Norwegen, Persien, Rumänien und Ungarn. Von den in diesen Verträgen vorgesehenen Tarifnachlässen werden ausserdem auf Grund der Meistbegünstigung die folgenden Länder profitieren:

Niederlande, Oesterreich, Belgien, Brasilien, Bulgarien, China, Dänemark, Aegypten, Estland, Finnland, Spanien, Holland, Island, Indien, Japan, Luxemburg, Portugal, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Schweiz, Schweden und Italien, sowie die Tschechoslowakei vorläufig bis zum 30. 11. 1933. Im übrigen werden auf Waren aus diesen Ländern die niedrigen Zollsätze angewandt.

Demnächst wird die polnische Regierung neue Verordnungen über die Einfuhrverbote und die sogenannten autonomen Zollnachlässe veröffentlichen. Wie das Finanzministerium versichert, soll es sich um eine neue Zusammenfassung der bisher schon bestehenden Einfuhrverbote und autonomen Zollnachlässe handeln.

Personalveränderungen in der „Bank Związku"

Im Zusammenhang mit der auf den morgigen Donnerstag anberaumten Generalversammlung der „Bank Związku Spółek Zarobkowych" auf der die Uebernahme privilegierter Aktien durch den Staatsfiskus bestätigt werden soll, werden bei der Bank folgende Personaländerungen vorgenommen: Das Amt des Kurators wird kassiert; der bisherige Kurator Dr. Włodzimierz Seydlitz wird Vorsitzender des Aufsichtsrates an Stelle des bisherigen Vorsitzenden Seweryn Samulski. Es läuft die Kadenz der Mitglieder Senator Bolt, Direktor Zygmunt Weiss und Dr. Stanisław Sławski ab. Graf Adolf Bniński hat sein Amt niedergelegt. Die übrigen Ratsmitglieder haben ihre Mandate der Generalversammlung zur Verfügung gestellt. In nationaldemokratischen Kreisen wird als für die geplanten Aenderungen bezeichnend darauf hingewiesen, dass u. a. Senator Targowski und Abg. Jeszke vom Regierungsblock zu neuen Mitgliedern ausersehen sind.

Märkte

Getreide. Posen, 12 Oktober. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen	1065 to	14.75
	120 to	14.65
Weizen	15 to	19.90
Hafer	15 to	14.25
	15 to	14.00
	30 to	13.85

Richtpreise:

Weizen	19.25—19.75
Roggen	14.50—14.75
Gerste, 695—705 g/l	13.75—14.00
Gerste, 675—685 g/l	13.25—13.50
Braugerste	16.00—17.00
Hafer	13.75—14.25
Roggenmehl (65%)	22.25—22.50
Weizenmehl (65%)	31.50—33.50
Weizenkleie	8.50— 9.00
Weizenkleie (grob)	9.50—10.00
Roggenkleie	8.50— 9.00
Winterraps	38.00—39.00
Sommerwicke	14.00—15.00
Peluschken	13.00—14.00
Viktoriaerbsen	20.00—24.00
Folgererbsen	22.00—25.00
Speisekartoffeln	2.45—2.70
Fabrikkartoffeln pro Kilo %	11
Senf	37.00—39.00
Blauer Mohn	60.00—65.00

Gesamttendenz: ruhig.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Brau- und Mahlgerste, Roggen- und Weizenmehl ruhig, für Hafer schwach.

Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 2275 t, Weizen 37 t, Gerste 60 t, Roggenkleie 30 t, Weizenkleie 15 t, Viktoriaerbsen 60 t, Leinkuchen 15 t, Speisekartoffeln 15 t, Fabrikkartoffeln 120 t.

Bromberg, 12. Oktober. Amtliche Notierungen für 100 kg frei Station Bromberg. Transaktionspreise: Roggen 60 t 14.60—14.65, Hafer 195 t 14.90, 15 t 14.70, Roggenkleie 30 t 8.50. Richtpreise: Weizen 19—19.50 (schwächer), Roggen 14.25 bis 14.50 (ruhig), Mahlgerste 14 bis 14.25, Braugerste 15 bis 16, Hafer 14.50 bis 14.75 (ruhig), Roggenmehl 65proz. 21.75—22.75 (ruhig), Weizenmehl 65proz. 32.50—34.50 (ruhig), Weizenkleie 8.25—8.75, grob 8.50—9, Roggenkleie 8.50—9, Raps 33—35, Winterrübsen 35—37, Viktoriaerbsen 21—23.50, Folgererbsen 24—26, Rapskuchen 14—15, Leinkuchen 18 bis 19, blauer Mohn 60—62, Senf 34—36, Leinsamen 35—37, Speisekartoffeln 2.25—2.50, Fabrikkartoffeln pro Kilo% 11, Sonnenblumenkuchen 18—19, Peluschken 12.50—13.50, Wicke 12.50—13.50, Netzeheu, lose 3.50—4, Gelbklee, enthülst 85—90.
Gesamttendenz: ruhig. Gesamtumsatz: 2750 t.

Getreide. Warschau, 11. Oktober. Amtliche Notierungen der Warschauer Getreide-Warenbörse für 100 kg im Grosshandel, Parität Waggon Warschau in Złoty: Blauer Mohn 55—65. Die übrigen Notierungen unverändert. Gesamtumsatz: 3295 t. Marktverlauf: ruhig.

Produktenbericht. Berlin, 11. Oktober. Da die Bedarfsnachfrage weder vom Export noch vom Mehlgeschäft Anregungen erfahren hat, bleibt die Umsatztätigkeit am Getreidemarkte ziemlich schleppend. Bei der vorsichtigen Kauflust der Mühlen erscheint das Inlandsangebot völlig ausreichend, und die zweite Hand ist bei ihren Offerten auch zu Preiskonzessionen bereit. Die Preisveränderungen erreichten aber kein nennenswertes Ausmass. Weizen- und Roggenmehle haben sehr geringes Bedarfsgeschäft, auch die Abrufe aus alten Kontrakten werden als unbefriedigend bezeichnet. Das Haferangebot ist nicht gross, die Preise waren aber auch kaum behauptet. Für Gerste zeigt sich verschiedentlich mehr Verkaufsneigung, einige Nachfrage besteht noch für Industriequalitäten, während Braugersten nur in Auszugssorten Unterkunft finden.

Metalle. Warschau, 11. Oktober. Das Handelshaus A. Gepner notiert folgende Preise für 1 kg in Złoty: Bancazinn in Blocks 7.40, Hüttenblei 0.67, Hüttenzink 0.80, Antimon 1.10, Hüttenaluminium 3,80, Kupferblech 2.75—3.40, Messingblech 2.50—3.50, Zinkblech 0.93—0.95, Nickel in Würfeln 9,50.

Posener Börse

Posen, 12. Oktober. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 50.25—50 G, 4½proz. Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 Dollar = 5.93) 35—35.50 G, 4½proz. Gold-Dollar-Pfandbriefe der Pos. Landsch. 40.50 +, 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Pos. Landschaft 36.50 G, 4½proz. Roggen-Pfandbriefe der Pos. Landschaft (100 zł) 34.50 B, 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 102 G. Tendenz: ruhig.
G = Nachfr., B = Angeb., + = Geschäft, * = ohne Ums.

Kursnotierungen vom 11. Oktober: 1 Dollar (nichtamtlich) 5.82½ zł. Bank Polski-Poznań notiert: 100 Reichsmark 209.50 zł, 100 Danziger Gulden 172,75 zł.

Danziger Börse

Danzig, 11. Oktober. In Danziger Gulden wurden notiert für (telegr. Auszahlungen): New York 1 Dollar 3.4066—3.4134, London 1 Pfund Sterling 15.94—15.98, Berlin 100 Reichsmark 122.28—122.52, Warschau 100 zł 57.61—57.73, Zürich 100 Franken 99.55—99.75, Paris 100 Franken 20.11—20.15, Amsterdam 100 Gulden 207.14—207.56, Brüssel 100 Belga 71.53—71.67, Prag 100 Kronen 15.25—15.28, Stockholm 100 Kronen 82.20—82.36, Kopenhagen 100 Kr. 71.20—71.34, Oslo 100 Kronen 80.10—80.26; Banknoten: 1 amerikanischer Dollar 3.3916—3.3984, 100 zł 57.64—57.76.

4proz. (bish. 8proz.) Danziger Hypothekenbank-Pfandbriefe (Serie 1—9) 50.00 bz B.

Warschauer Börse

Warschau, 11. Oktober. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 5.90—5.91, Golddollar 8.97, Goldrubel 4.67, Tscherwonez 1—1.03, österr. Schiling 100.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 124.30, Berlin 212.45, Danzig 173.35, Kopenhagen 123.60, Oslo 139.10, Prag 26.48, Stockholm 142.80, Montreal 5.75.

Sämtliche Börsen- u. Marktnotierungen ohne Gewähr

Effekten.

Es notierten: 3proz. Prämien-Bau-Anleihe (Serie I) 38.65, 4proz. Prämien-Dollar-Anl. (Serie III) 48.65, 4proz. Prämien-Invest.-Anl. 104, 5proz. Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (1926) 44, 6proz. Dollar-Anleihe (1919—1920) 58, 7proz. Stabilisierungs-Anleihe (1927) 51.88—52.25—52.75.

Bank Polski 81—80.50 (81.80), Starachowice 8.75 (8.50). Tendenz: vernachlässigt.

Amtliche Devisenkurse

	11. 10. Geld	11. 10. Brief	10. 10. Geld	10. 10. Brief
Amsterdam	358.85	360.65	358.85	360.65
Berlin *)	—	—	—	—
Brüssel	—	—	124.04	124.64
London	27.48	27.75	27.40	27.67
New York (Scheck)	5.88	5.96	—	—
Paris	34.83	35.00	34.83	35.01
Prag	—	—	26.43	26.55
Italien	46.61	47.07	46.60	47.06
Stockholm	—	—	—	—
Danzig	—	—	—	—
Zürich	172.39	173.25	172.43	173.29

Tendenz: uneinheitlich.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 12. Okt. Die Börse stand heute bei Eröffnung im Zeichen einer recht lebhaften Umsatztätigkeit in Aktien, von der sämtliche Marktgebiete profitierten. Man nimmt dabei an, dass das Publikum nach der Befestigung der Rentenmärkte teilweise Tauschoperationen mit zum Teil niedrig stehenden Dividendenpapieren vornimmt. Aber auch der günstige Stahlvereinsbericht dürfte anregend gewirkt haben, denn auch heute sind wieder Montanwerte bevorzugt. So gewannen Gelsenkirchen 1⅞ Prozent, Mannesmann 2¼ Prozent. Die besten Eröffnungsgewinne hatten Schles. Gas mit plus 5 Prozent. I. G. Farben eröffneten 1¾ Prozent, Siemens 1⅜ Prozent über Vortagsschluss. Am Rentenmarkt ist eine gewisse Beruhigung eingetreten. In Kommunalobligationen besteht jedoch weiter etwas Nachfrage. Von deutschen Renten gaben Altbesitz um 82½ Pfg. recht stark nach, während Neubesitz mit minus ¼ Prozent knapp gehalten waren. Reichsschuldbuchforderungen gingen ebenfalls etwas niedriger mit 87⅝ Prozent um. Am Geldmarkt ist eine Veränderung vorläufig noch nicht eingetreten. Im Verlauf wurde das Geschäft wesentlich ruhiger, nennenwerte Kursveränderungen traten kaum ein. Altbesitz konnte von ihrem anfänglichen Verlust 32 Pfg. wieder einholen.

Effektenkurse.

	12. 10.	11. 10.		12. 10.	11. 10.
Fr. Krupp	85.37	86.00	Ilse Bergbau	123.50	—
Mitteldt. Stahl	82.75	80.75	Ilse Gen.	96.00	92.00
V.Stahlw.d.Anl	63.75	63.37	Gebr. Jungh.	24.75	—
Accumulator	164.50	—	Kali Chemie		—
Allg. Kunsts.	29.75	28.25	Kali Asch.	115.00	112.00
Allg.Elekt.-Ges.	18.37	17.37	Klöckner-W.	53.00	48.50
Aschaffb. Zst.	—		Kokswerke	70.00	65.25
Bayer. Motor.	124.00	119.25	Leopold Grube	33.50	29.50
Bemberg	39.00		Lahmeyer	117.00	—
Berger	142.00	137.00	Laurahütte	—	—
Bl. Karlsr. Ind.	67.25	64.50	Mannesmann	54.00	49.25
Braunk. u. Brk.	152.00	148.50	Mansf. Bergb.	23.37	21.25
Bekula	120.50	114.37	Masch.-Untn.	38.00	33.75
Bl. Masch.-Bau	—	53.00	Maximiliansh.	—	—
Bremer Wollk.	—	—	Metallges.	53.50	52.87
Buderus Eisen	67.62	63.37	Niederls.Kohl.	140.00	136.00
Charl. Wasser	71.00	66.75	Orenst. u. Kop.	27.37	—
Chem. Heyden	57.00	—	Phönix Bgbau	34.37	31.12
Contin. Gummi	132.75	129.12	Polyphon	17.75	—
Contin. Linol.	35.00	34.62	Rh. Braunkohl.	180.50	179.25
Daimler-Benz	26.87	24.75	Rh. Elktr.-W.	81.00	77.00
Dtsch.-Atlant.	97.00	—	Rh. Stahlw.	75.87	71.87
Dt.Con.-Gs.-D.	94.75	98.25	Rh. Wstf. Elek.	82.50	77.62
Dt. Erdöl-Ges.	101.50	93.62	Rütgerswerke	49.00	45.50
Dt. Kabelw.	47.00	—	Salzdetfurth	159.00	156.00
Dt. Linol.-Wk.	39.50	37.62	Schl.Bbg.u.Zk.	—	—
Dt. Tel. u. Kab.	47.37	44.25	Schl.El. u. G.B.	93.00	—
Dt.Eisenh.u.A.	37.25	33.50	Schub. u. Salz.	—	—
Dortm. Union	182.00	—	Schuck. u. Co.	90.75	85.75
Eintr. Br.	139.25	—	Schultb. Patz.	90.75	
Eintr. Braunk.	—	—	Siem. u. Halske	137.75	134.50
Eisenb. Verk.	74.25	70.50	Svenska	—	—
El. Lief.-Ges.	76.00	68.75	Thüring. Gas	—	—
El. W. Schles.	75.00	—	Tietz, Leonh.	15.50	15.0[illegible]
El. Licht u. Kr.	93.00	—	Ver. Stahlw.	33.87	31.0[illegible]
Engelhardt Br	—	—	Vogel Draht	47.25	42.0[illegible]
I. G. Farben	118.00	115.00	Zellst. Verein	2.37	—
Feldmühle	55.25	—	do. Waldhof	32.75	—
Felten u. Guill.	44.00	42.00	Bk. el. Werke	62.00	—
Gelsenk. Bgw.	49.50	45.00	Bk. f. Brauind.	81.00	79.00
Gesfürel	75.00	70.62	Reichsbank	145.25	142.50
Goldschmidt	41.50	38.50	Allg. L. u. Kr.	76.00	—
Hbg. Elkt.-W.	100.00	97.00	Dt. Reichs.-V.	99.00	99.12
Harbg. Gummi	—	—	Hamb.-Am.-P.	11.12	9.62
Harpen. Bgw.	82.50	79.62	Hansa	—	—
Hoesch	56.00	51.75	Nordd. Lloyd	11.12	10.00
Holzmann	57.00	55.75	Otavi	—	10.50
Hotelbetr.-Ges	—	—			

	12. 10.	11. 10.
Ablös.-Schuld	78.80	78.75
Ablös.-Schuld ohne Auslösungsrecht	11.50	11.85

Tendenz: fest.

Amtliche Devisenkurse

	11. 10. Geld	11. 10. Brief	10. 10. Geld	10. 10. Brief
Bukarest	2.488	2.492	2.488	2.492
London	13.00	13.04	12.95	12.99
New York	2.787	2.793	2.757	2.763
Amsterdam	169.23	169.57	169.28	169.62
Brüssel	58.45	58.57	58.46	58.58
Budapest	—	—	—	—
Danzig	81.69	81.85	81.62	81.78
Helsingfors	5.734	5.746	5.729	5.741
Rom	22.03	22.07	22.03	22.07
Jugoslawien	5.295	5.305	5.295	5.305
Kaunas (Kowno)	41.56	41.64	41.46	41.54
Kopenhagen	58.09	58.21	57.84	57.96
Lissabon	12.69	12.71	12.69	12.71
Oslo	65.33	65.57	65.08	65.22
Paris	16.42	16.46	16.42	16.46
Prag	12.44	12.46	12.45	12.47
Schweiz	81.24	81.40	81.32	81.48
Sofia	3.047	3.053	3.047	3.053
Spanien	35.06	35.14	35.06	35.14
Stockholm	67.08	67.22	66.78	66.92
Wien	48.05	48.15	48.05	48.15
Talinn	71.43	71.57	71.43	71.57
Riga	74.93	75.07	74.93	75.07

Ostdevisen. Berlin, 11. Oktober. Auszahlung Posen 47.025—47.225, Auszahlung Warschau 47.025—47.225, Auszahlung Kattowitz 47.025—47.225; polnische Noten 46.875—47.275.

Die heutige Ausgabe hat 12 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Jaensch. Für die Teile aus Stadt und Land: Alfred Loake. Für Unterhaltung und Feuilleton: Ewald Sadowski. Für den übrigen redaktionellen Teil: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Druck und Verlag: Concordia Sp. Akc., Drukarnia i wydawnictwo. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Katharina mit Herrn Wolfram von Bernuth, staatlich geprüfter Landwirt, a. d. H. Borowo zeigen wir hierdurch an.

Hans-Detlev v. Arnim-Kröchlendorff
Bertha von Arnim, geb. von Arnim

Kröchlendorff, Oktober 1933.

Meine Verlobung mit Fräulein Katharina von Arnim, Tochter des Fideikommißbesitzers Herrn von Arnim-Kröchlendorff und seiner Gemahlin Bertha von Arnim, geb. von Arnim, beehre ich mich hierdurch anzuzeigen.

Wolfram von Bernuth

Borowo b. Czempin, Polen
z. Zt. Berlin W 15, Kurfürstendamm 220



Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, am 11. Oktober nachts um 1.30 Uhr in die Ewigkeit abzurufen mein inniggeliebtes Töchterlein

Ursula

im Alter von 12 Jahren.

Dies zeigt in tiefem Schmerze an

im Namen aller Hinterbliebenen
Witwe Charlotte Hoffmann, geb. Boese.

Poznań, den 11. Oktober 1933.
Wierzbięcice 18.

Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, dem 14. d. Mts., nachm. um 4 Uhr von der Halle des evgl. St. Matthäifriedhofes aus (ul. Rolna und Traugutta).

Am Montag, dem 9. Oktober, verschied nach schwerem Leiden unser Aufsichtsratmitglied

Herr Wilhelm Werner

aus Leśna Dąbrówka.

Wir verlieren in ihm einen treuen, pflichtbewußten Mitarbeiter. Mit Liebe und Bescheidenheit ist er stets für das Wohl der Allgemeinheit eingetreten und war stets bereit, seinen Mitmenschen zu helfen. Wir werden ihm über das Grab hinaus ein treues Andenken bewahren.

Spar- und Darlehnskasse
Spółdzielnia z nieograniczoną odpowiedzialnością
Oborniki.

Der Vorstand. **Der Aufsichtsrat.**

(Wiederholt aus der beschlagnahmten Nummer 234 vom 12. Oktober 1933).

Junges Mädchen

vom Lande sucht Stellung als Kindermädchen oder im Stadthaushalt. Perfekt in deutscher und polnischer Sprache.

Elisabeth Ceglarek
Gorzyń
pow. Międzychód n/W.

Deutsche Abiturientin die die polnische Sprache in Wort und Schrift, sowie Stenographie u. Schreibmaschine beherrscht, als

Sekretärin

gesucht. Gefl. Angebote unter 6272 a. d. Geschst. dieser Zeitung.

Arbeitsmarkt

Suche zur vorübergehenden Vertretung meiner erkrankten Frau

gebildete Dame

nicht unter 40 Jahren, die einen Landhaushalt versteht. Evtl. besteht die Möglichkeit einer weiteren Tätigkeit im Hause und als Gesellschafterin, wenn meine Frau wieder zu Hause ist. Angebote unter 6281 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Buchhalter - Rendant

verheiratet, evangelisch, perfekt in Steuerangelegenheiten und im Verkehr mit Behörden für größere Begüterung per sofort gesucht. Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift Bedingung. Bewerbung mit Lebenslauf, Gehaltsansprüchen und Lichtbild sind zu richten an

Buchstelle Klęka
p. Nowemiasto n/W., p. Jarocin

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen

vom 14. bis 21. Oktober 1933.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Sonntag, 1/28 Uhr: Beichtgelegenheit. 9 Uhr: Predigt und Amt. 3 Uhr: Rosenkranz, Predigt und hl. Segen. Montag, 7 Uhr: Gesellenverein. Dienstag, 1/28 Uhr: Lydia. Montag, Mittwoch, Freitag, 6 Uhr: Rosenkranzandacht.